

Bankrecht 2025

Von RA Arne Maier, Esslingen*

Der Beitrag gibt einen Überblick über die – verbraucherrechtlich relevante – Rechtsprechung zu bankrechtlichen Themen im Jahr 2025.¹ Neben dem Kapitalanlagerecht (IV) werden – wie in den Vorjahren² – Entscheidungen zum Darlehensvertrag (I), zur Bürgschaft (II) und zum Bankkonto (III) dargestellt.

I. Darlehensvertrag

1. Widerruf des Darlehensvertrags³

a) *Widerrufsinformation.* Die unionsrechtlichen Einwände des EuGH⁴ gegen die Gesetzlichkeitsfiktion des Musters für die Widerrufsinformation (Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 3 EGBGB) in ihrer Auslegung durch die deutsche Rechtsprechung als Richtlinienkonformitätsfiktion⁵ haben die deutsche Rechtsprechung bisher nicht zu einer Überprüfung dieser Auslegung veranlasst.⁶ Der Gesetzgeber hat aber nunmehr gehandelt. Ab dem 20.11.2026 wird Art. 247 § 6 Abs. 2 Satz 3 EGBGB in der Fassung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung aus September 2025⁷ zur Umsetzung der neuen Verbrauchercredit-Richtlinie (EU) 2023/2225⁸ eine Gesetzlichkeitsfiktion der Musterinformation nur noch für Immobiliendarlehen enthalten.⁹ Die mit einer Gesetzlichkeitsfiktion versehene bisherige Anlage 7 zum EGBGB (Muster für eine Widerrufsinformation bei Allgemeindarlehen) wird aufgehoben. Die Gesetzesbegründung verweist darauf, dass die neue Verbrauchercredit-Richtlinie kein entsprechendes Muster für die Widerrufsinformation vorsieht. Wenn im Umsetzungsgesetz dennoch eine entsprechende Musterinformation vorgesehen und mit Gesetzlichkeitsfiktion versehen würde, bestünde die Gefahr, dass diese nicht der Richtlinie entspricht.¹⁰ Dies gilt freilich auch für die bisherige Richtlinie 2008/48/EG. Der Aufforderung des Bundesrats, die mit Gesetzlichkeitsfiktion versehene Anlage 7 zum EGBGB beizubehalten¹¹, ist die Bundesregierung nicht gefolgt; sie werde sich aber weiterhin auf Unionsebene für die Einführung eines solchen Musters einsetzen.¹² Die vom Bundestag am 17.4.2026 beschlossene¹³ Ausschussfassung vom 15.4.2026¹⁴ hat den Gesetzentwurf insoweit unverändert übernommen.

Diese späte¹⁵ unionsrechtliche Einsicht des Gesetzgebers wird im Gesetzentwurf auch damit gerechtfertigt, dass die gleichzeitig vorgesehene Einführung einer Widerrufshöchstfrist auch für Allgemeindarlehen¹⁶ „gerade auch für Darlehensgeber“ eine entsprechende Rechtssicherheit schaffe.¹⁷ Dies ist zweifelhaft. Gerade für Informationsmängel zum Widerrufsrecht gilt die Höchstfrist nicht.¹⁸ „Der Anwendungsbereich der Höchstfrist ist tatbestandlich eng gefasst. Voraussetzung dafür, dass die Höchstfrist greift, ist eine ordnungsgemäße Information über das Widerrufsrecht (...), das heißt über die Widerrufsfrist, die Form der Widerrufserklärung sowie die Pflicht, das ausgezahlte

Darlehen nebst Wertersatz zurückzahlen zu müssen.“¹⁹ Der Streit darüber, ob alle oder nur wesentliche (ggf. welche?) Informationsmängel die Höchstfrist ausschließen²⁰, scheint demnach vorprogrammiert.

Auf Grundlage der bisherigen Verbrauchercredit-Richtlinie 2008/48/EG harret die neuere Rechtsprechung des XI. BGH-Zivilsenats, wonach auch der Kaskadenverweis in der Widerrufsinformation („alle Pflichtangaben nach § 492 Abs. 2 BGB“) das

* Der Autor ist Rechtsanwalt mit den Tätigkeitsschwerpunkten Arbeits- und Verbraucherrecht. Er ist Mitherausgeber der VuR.

- 1 Siehe auch die Rechtsprechungsübersichten zum Bankrecht (Grüneberg WM 2026, 1; Stackmann NJW 2025, 2369), zum Zahlungsdienstrecht (s.u. Fn. 122) und zum Kapitalanlagerecht (s.u. Fn. 188).
- 2 Maier VuR 2025, 203; VuR 2024, 203; VuR 2023, 163; VuR 2022, 163; VuR 2021, 203; VuR 2020, 166; VuR 2019, 163; VuR 2018, 163; VuR 2017, 163; VuR 2016, 208; VuR 2015, 167; VuR 2014, 123; VuR 2013, 163.
- 3 Genau genommen widerruft der Verbraucher nicht den Darlehensvertrag, sondern seine auf den Abschluss des Darlehensvertrags gerichtete Willenserklärung (§ 495 Abs. 1, § 355 Abs. 1 Satz 1 BGB).
- 4 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), 5. Leitsatz, Rn. 212 ff. (insbesondere Rn. 220), aaO (s.u. Fn. 26).
- 5 Maier VuR 2025, 203 (203 f.).
- 6 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, 1. Leitsatz, Rn. 19-24, aaO (s.u. Fn. 27); OLG Brandenburg v. 4.6.2025 – 4 U 89/24, BKR 2026, 177, Rn. 24 = WM 2025, 2278 = WuB 2026, 43 (Beyer).
- 7 www.bmfv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/2025_VerbrauchercreditRL.html (kurz: t1p.de/bmfv-2023-2225). Zum Referentenentwurf aus Juni 2025 Artz BKR 2025, 817. Zur verzögerten Umsetzung der Richtlinie Tiffe VuR 2026, 81.
- 8 Zur neuen Verbrauchercredit-Richtlinie (EU) 2025/2225 Fromm/Roßmanek VuR 2024, 95; Artz NJW 2024, 1065; Jungmann NJW 2024, 1542; BKR 2024, 1; BKR 2024, 257; ZIP 2024, 482; Freitag WM 2025, 1581; Wittig WM 2024, 677.
- 9 BT-Drs. 21/1851, 26.
- 10 BT-Drs. 21/1851, 141.
- 11 BT-Drs. 21/2459, 5 f. (Nr. 9 f.).
- 12 BT-Drs. 21/2459, 13 (zu Nr. 9 f.).
- 13 www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw16-de-verbrauchercreditvertraege-1158224.
- 14 BT-Drs. 21/5381.
- 15 Das grundsätzliche unionsrechtliche Problem der Gesetzlichkeitsfiktion ist jedenfalls seit dem EuGH-Urt. Kreissparkasse Saarlouis v. 26.3.2020 (C-66/19, VuR 2020, 224 mAnm Strohmeier = NJW 2020, 1423) bekannt und virulent (Maier BKR 2020, 225). Der Gesetzgeber hat die Gesetzlichkeitsfiktion dennoch zunächst unangestastet gelassen (BT-Drs. 19/26928, 2) und stattdessen nur das Muster für die Widerrufsinformation (Anlage 7 zum EGBGB) an die EuGH-Vorgaben im Einzelfall (Kaskadenverweis) angepasst (Art. 2 Nr. 4 des Gesetzes v. 9.6.2021, BGBl. I 2021, 1666, Nr. 31).
- 16 In Umsetzung von Art. 26 Abs. 2 Verbrauchercredit-Richtlinie (EU) 2025/2225 wird auch für Allgemeindarlehen eine Widerrufshöchstfrist von 12 Monaten und 14 Tagen nach Vertragsschluss eingeführt (§ 356b Abs. 2 Satz 5 BGB-E; BT-Drs. 21/1851, 99). Für Immobiliendarlehen siehe bereits § 356b Abs. 2 Satz 4 BGB.
- 17 BT-Drs. 21/1851, 141.
- 18 Art. 26 Abs. 2 Satz 2 Verbrauchercredit-Richtlinie (EU) 2025/2225, § 356b Absatz 2 Satz 5 BGB-E.
- 19 Stellungnahme des Bundesrats (BT-Drs. 21/2459, 6).
- 20 Jungmann NJW 2024, 1542. Siehe auch Artz BKR 2025, 817 (822): „Nur wenn die Information über das Widerrufsrecht fehlt oder fehlerhaft ist, bleibt es beim ewigen Widerrufsrecht.“ Aber wann ist die Information fehlerhaft?

Anlaufen der Widerrufsfrist nicht mehr hindern soll²¹, noch der gebotenen²² unionsrechtlichen Überprüfung durch den EuGH.

Der Darlehensgeber kann sich auf die Gesetzlichkeitsfiktion zwar nicht berufen, wenn er in der Widerrufsinformation die Angabe von weiteren verbundenen Verträgen mit dem Zusatz „ggf.“ versieht.²³ Im Ergebnis soll es darauf freilich nicht ankommen, die Widerrufsfrist laufe trotzdem an.²⁴

b) Weitere Pflichtangaben.²⁵

■ **Pflichtangabe Verzugszinssatz.** Der XI. BGH-Zivilsenat hatte das EuGH-Urt. BMW Bank v. 21.12.2023²⁶ und insbesondere das mit diesem Urt. eingeführte neue Erheblichkeitserfordernis bei unvollständigen oder fehlerhaften Pflichtangaben sehr anbieterfreundlich umgesetzt und u.a. angenommen, dass auch die fehlende Angabe zum konkreten Verzugszinssatz einem Anlaufen der Widerrufsfrist nicht mehr entgegenstehe.²⁷ Auf Vorlage des LG Ravensburg²⁸ hat der EuGH dagegen klargestellt, dass die Widerrufsfrist nicht zu laufen beginnt, bis der konkrete Verzugszinssatz dem Verbraucher ordnungsgemäß mitgeteilt wird.²⁹ Die Angabe sei nicht unerheblich, sondern im Gegenteil für den Verbraucher „unerlässlich“. ³⁰ Fehlt die Angabe, ist auch der Einwand ausgeschlossen, der Verbraucher habe sein Widerrufsrecht rechtsmissbräuchlich ausgeübt.³¹ Der XI. BGH-Zivilsenat will das nicht akzeptieren. In offensichtlichem Widerspruch zu den EuGH-Vorgaben soll die Widerrufsfrist dennoch anlaufen, wenn der konkrete Verzugszinssatz im Kreditvertrag nicht angegeben wird, „aufgrund anderer Angaben im Vertrag“ für den Verbraucher aber „leicht zu ermitteln“ sei.³²

■ **Pflichtangabe effektiver Jahreszins.** Endet die Sollzinsbindung vor der für die Rückzahlung bestimmten Zeit und steht nicht fest, ob nach deren Ende ein neuer, veränderlicher Sollzinssatz vereinbart wird, der regelmäßig nach einem vereinbarten Index oder Referenzzinssatz angepasst wird, kann der Darlehensgeber der Berechnung des effektiven Jahreszinses für die gesamte Vertragslaufzeit den anfänglichen Sollzinssatz zugrunde legen.³³ Ein vom Darlehensgeber bei einem Immobiliendarlehen zu niedrig angegebener Effektivzinssatz hindert das Anlaufen der Widerrufsfrist.³⁴ Dies gelte zwar auch dann, wenn die Abweichung nur 0,01 Prozentpunkte beträgt. Der BGH hat dem OLG aber aufgegeben, eine rechtsmissbräuchliche Ausübung des Widerrufsrechts zu prüfen.³⁵

In die Berechnung des effektiven Jahreszinses einfließende Annahmen müssen im Kreditvertrag ausdrücklich angegeben werden.³⁶ Die Angabe des effektiven Jahreszinses wird nicht dadurch fehlerhaft, dass bestimmte Vertragsklauseln sich im Nachhinein als unwirksam erweisen.³⁷ Kosten eines Bürgschaftsvertrags, dessen Abschluss dem Verbraucher im Kreditvertrag vorgeschrieben wird, fallen unter die „Gesamtkosten des Kredits für den Verbraucher“, sind also beim effektiven Jahreszins zu berücksichtigen.³⁸

■ **Pflichtangabe sonstige Kosten.** Nachträgliche Entgelterhöhungen müssen für den Darlehensnehmer nachvollziehbar und vorhersehbar sein.³⁹

■ **Pflichtangabe Zusatzleistungen.** Eine vom Darlehensgeber bei Abschluss eines Verbraucherdarlehens verlangte Siche-

rungszweckvereinbarung hat keine Leistung des Darlehensgebers oder eines Dritten (§ 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 8 Abs. 1 Satz 1 EGBGB) zum Gegenstand.⁴⁰

■ **Pflichtangabe Darlehensvermittler.** Die Pflichtangabe zum Darlehensvermittler (§ 492 Abs. 2 BGB iVm Art. 247 § 13 Abs. 1 EGBGB) ist unvollständig, wenn zwar der Name, nicht aber die Anschrift des Vermittlers genannt wird.⁴¹ Die Unvollständigkeit stehe dem Anlaufen der Widerrufsfrist aber nicht entgegen, wenn der Verbraucher weiß, dass die Fahrzeugverkäuferin den Darlehensvertrag vermittelt hat, und deren Name und Anschrift kennt.⁴² Kennt der Darlehensnehmer Name und Anschrift des Vermittlers, könnte es für das Anlaufen der Widerrufsfrist demnach auch unschädlich sein, wenn der Darlehensvertrag gar keine Angaben zum Vermittler enthält.

21 BGH v. 15.10.2024 – XI ZR 39/24 (vormals XI ZR 228/21), VuR 2025, 100 mAnm Maier = NJW 2025, 160 mAnm Nettekoven/Berger. Dagegen Maier VuR 2025, 203 (204, Abschnitt I.1.b).

22 Schinkels LMK 2025, 801496 (Abschnitt 2 aE).

23 BGH v. 25.1.2025 – XI ZR 560/20, Leitsatz Satz 1, Rn. 11, VuR 2025, 198 (Ls.) = NJW-RR 2025, 431 = WM 2025, 347 = ZIP 2025, 502 = ZIP 2025, 1072 (Hettenbach) = WuB 2025, 153 (Höll Dampf), sowie v. 11.2.2025 – XI ZR 146/22, Rn. 13 f., ZIP 2025, 821 = WuB 2025, 267 (Nietsch), und XI ZR 320/22, Rn. 12 f., BKR 2025, 516.

24 BGH v. 25.1.2025 – XI ZR 560/20, Leitsatz Satz 2, Rn. 12, aaO (s.o. Fn. 23), sowie v. 11.2.2025 – XI ZR 146/22, Rn. 19, aaO (s.o. Fn. 23), und XI ZR 320/22, Rn. 18, aaO (s.o. Fn. 23). Entsprechend BGH v. 28.1.2025 – XI ZR 371/21, Rn. 22, für den Zusatz „soweit abgeschlossen“.

25 Zu den weiteren Pflichtangaben siehe auch Maier VuR 2025, 203 (205 f., Abschnitt I.1.d).

26 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a. (BMW Bank u.a.), VuR 2024, 182 mAnm Maier = NJW 2024, 809.

27 BGH v. 27.2.2024 – XI ZR 258/22, VuR 2024, 189 mAnm Maier = NJW 2024, 1504 mAnm Schneider NJW 2024, 1468. Siehe auch BGH v. 24.9.2024 – XI ZR 32/22, Rn. 25, NJW-RR 2024, 1366, und v. 15.10.2024 – XI ZR 391/24, Rn. 42, VuR 2025, 100 mAnm Maier = NJW 2025, 160; Grüneberg BKR 2025, 337 (343 f., Abschnitt IV.11), und WM 2026, 1, Rn. 40 mit Fn. 91.

28 LG Ravensburg v. 9.4.2024 – 2 O 214/20 u.a., VuR 2024, 236 (Ls.), in Ergänzung des Vorlagebeschl. v. 1.3.2023 – 2 O 107/22 u.a., VuR 2023, 276 (Ls.).

29 EuGH v. 30.10.2025 – C-143/23 (Mercedes-Benz Bank u.a.), 1. Leitsatz, Rn. 62 ff., VuR 2026, 63 (Ls.) mAnm Maier = WM 2026, 14 = ZIP 2025, 2815 = ZIP 2025, 2870 (Graf von Westphalen). Dem folgend OLG Stuttgart v. 14.4.2026 – 6 U 28/24, BeckRS 2026, 6292, Rn. 19-23.

30 EuGH v. 30.10.2025 – C-143/23, Rn. 73, aaO (s.o. Fn. 29).

31 EuGH v. 30.10.2025 – C-143/23, 2. Leitsatz, Rn. 76 ff., aaO (s.o. Fn. 29).

32 BGH v. 3.3.2026 – XI ZR 39/25, Leitsatz, Rn. 19, VuR 2026, 216 mAnm Maier (in diesem Heft) = WM 2026, 772 = ZIP 2026, 999. Die dortigen Darlehensbedingungen haben den Verbraucher zur Ermittlung des Basiszinssatzes auf den Bundesanzeiger verwiesen.

33 BGH v. 21.10.2025 – XI ZR 133/24, 2. Leitsatz, Rn. 19 f., VuR 2026, 37 (Ls.) = NJW 2026, 230 = WM 2025, 2112 = ZIP 2025, 2879 = ZIP 2026, 24 (Hettenbach).

34 BGH v. 21.10.2025 – XI ZR 133/24, 3. Leitsatz, Rn. 22 ff., aaO (s.o. Fn. 33). Die Sanktion einer zu niedrigen Angabe des effektiven Jahreszinses sei nicht allein § 494 Abs. 3 BGB zu entnehmen. Dazu Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 41.

35 BGH v. 21.10.2025 – XI ZR 133/24, Rn. 35-37, aaO (s.o. Fn. 33).

36 EuGH v. 23.1.2025 – C-677/23, 2. Leitsatz, Rn. 53-64, WM 2025, 695 = WuB 2025, 223 (Latta).

37 EuGH v. 13.2.2025 – C-472/23 (Lexitor), 1. Leitsatz, Rn. 24-36, BKR 2025, 622 (Ls.) = WM 2025, 972 = ZIP 2025, 569 = ZIP 2025, 684 (Graf von Westphalen) = WuB 2025, 261 (Schmitt-Lampe).

38 EuGH v. 13.3.2025 – C-337/23, 6. Leitsatz, Rn. 86 ff., BKR 2025, 623 = WM 2025, 1014 = WuB 2025, 317 (Schinkels).

39 EuGH v. 13.2.2025 – C-472/23 (Lexitor), 2. Leitsatz, Rn. 37-47, aaO (s.o. Fn. 37).

40 BGH v. 21.10.2025 – XI ZR 133/24, 1. Leitsatz, Rn. 16 f., aaO (s.o. Fn. 33).

41 BGH v. 6.5.2025 – XI ZR 12/23, Rn. 44, VuR 2025, 316 (Ls.) = NJW-RR 2025, 1001 = BKR 2025, 623 (Ls.) = ZIP 2025, 1456 = ZIP 2025, 2418 (Hofauer).

42 BGH v. 6.5.2025 – XI ZR 12/23, Rn. 45, aaO (s.o. Fn. 41).

c) *Abschrift des Darlehensantrags.* Die dem Darlehensnehmer ausgehändigte Abschrift seines Darlehensantrags (§ 356b Abs. 1 BGB) muss weder von ihm unterzeichnet sein noch mit dem Abbild seiner Unterschrift versehen sein.⁴³

d) *Erlöschen des Widerrufsrechts bei vollständiger Erfüllung des Darlehensvertrags.* Nach dem EuGH-Urt. BMW Bank v. 21.12.2023 erlischt das unionsrechtliche Widerrufsrecht des Kreditnehmers bei Allgemeindarlehen ohne Weiteres, wenn der Kreditvertrag vollständig erfüllt ist.⁴⁴ Dies gelte entsprechend für das nationale Widerrufsrecht⁴⁵ und auch bei Immobiliardarlehen⁴⁶.

e) *Rückabwicklung eines verbundenen Darlehensvertrags.* Die Rechtsprechung des XI. BGH-Zivilsenats, nach der sich bei einem widerrufenen Darlehensvertrag, der mit einem KFZ-Kaufvertrag verbunden ist, die Höhe des vom Verbraucher bei Rückgabe des finanzierten Fahrzeugs an den Darlehensgeber zu leistenden Wertersatzes für den Wertverlust des Fahrzeugs so berechnet, dass vom Händlerverkaufspreis zum Zeitpunkt des Erwerbs des Fahrzeugs durch den Verbraucher der Händlerverkaufspreis zum Zeitpunkt der Fahrzeugrückgabe abgezogen wird⁴⁷, ist mit dem Unionsrecht nicht vereinbar, weil diese Berechnungsmethode Faktoren einschließt, die mit der Nutzung des Fahrzeugs durch den Verbraucher nichts zu tun haben (hier: Gewinnspanne, Kosten des Weiterverkaufs, Umsatzsteuer).⁴⁸

Dagegen steht das Unionsrecht einer nationalen Regelung⁴⁹ nicht entgegen, nach welcher der Verbraucher nach dem Widerruf eines Darlehensvertrags, der mit einem KFZ-Kaufvertrag verbunden ist, für den Zeitraum zwischen der Auszahlung des Darlehens an den Verkäufer des finanzierten Fahrzeugs und dem Zeitpunkt der Rückgabe des Fahrzeugs an den Darlehensgeber oder den Verkäufer den im Darlehensvertrag vereinbarten *Sollzinssatz* zu zahlen hat.⁵⁰ Hinsichtlich der Rechtsfolgen des Widerrufs eines verbundenen Darlehensvertrags nehme die Verbrauchercredit-Richtlinie 2008/48/EG keine vollständige Harmonisierung vor.⁵¹

f) *kein einheitlicher Gerichtsstand.* In der obergerichtlichen Rechtsprechung wurde seit längerer Zeit unterschiedlich bewertet, ob beim Widerruf eines verbundenen Darlehensvertrags ein einheitlicher Gerichtsstand des Erfüllungsorts (§ 29 ZPO) dort besteht, wo die Ware sich vertragsgemäß befindet.⁵² In einem Zuständigkeitsbestimmungsverfahren (§ 36 Abs. 3 ZPO) hat der BGH einen solchen einheitlichen Gerichtsstand nunmehr abgelehnt. Der Widerruf eines verbundenen Darlehensvertrags führe nicht dazu, dass alle Ansprüche auf Rückabwicklung am selben Ort zu erfüllen sind.⁵³ Auch die Vermittlung des Darlehens durch den Verkäufer begründe keinen Gerichtsstand am Ort der Vermittlung.⁵⁴ Die bloße Vermittlung von Vertragsofferten reiche für eine Niederlassung (§ 21 ZPO) nicht aus.

2. Kündigungsrecht des Darlehensnehmers (§ 494 Abs. 6 Satz 1 BGB)

Bei einem Immobiliardarlehen müsse nicht auf das Kündigungsrecht nach § 494 Abs. 6 Satz 1 BGB hingewiesen werden.⁵⁵ Die Vorschrift verweise nicht auf sich selbst.

3. Vorfälligkeitsentschädigung

a) *Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung.* Auf Vorlage des LG Ravensburg⁵⁶ hatte der EuGH im März 2024 zur Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung bei Immobiliardarlehen entschieden.⁵⁷ Mit einer weiteren Vorlage in demselben Ausgangsverfahren wollte das LG Ravensburg geklärt haben, wie bei der vom EuGH gebilligten hypothetischen Berechnung im Rahmen der Aktiv-Passiv-Methode eine Bereicherung des Darlehensgebers vermieden werden kann.⁵⁸ Außerdem sollte die Auffassung des XI. BGH-Zivilsenats überprüft werden, dass bei der Aktiv-Passiv-Methode auch Negativzinsen mitberechnet werden.⁵⁹ Darauf hat die beklagte Volksbank Bodensee-Oberschwaben (vormals VR Bank Ravensburg-Weingarten) die Klageanträge beim LG anerkannt und beantragt, die Aussetzung aufzuheben und Anerkenntnisurt. zu erlassen. Das LG hat den Antrag zurückgewiesen.⁶⁰ Es bestehe ein evidentes Interesse an einer Klärung der Vorlagefragen durch den EuGH. Die Kläger haben anscheinend (zunächst) kein Anerkenntnisurt. beantragt. Sonst hätte nach § 555 Abs. 4 ZPO, den das LG zur Ablehnung

43 BGH v. 6.5.2025 – XI ZR 12/23, 1. Leitsatz, Rn. 47, aaO (s.o. Fn. 41), mit Verweis auf BGH v. 27.2.2018 – XI ZR 160/17, WM 2018, 729 Rn. 30.

44 EuGH v. 21.12.2023 – C-38/21 u.a., 11. Leitsatz Satz 1, Rn. 274-279, 292, aaO (s.o. Fn. 26). Dagegen Maier VuR 2024, 182 (185 f., Abschnitt 2.2.1). Kritisch auch Freitag BKR 2025, 10 (13 f., Abschnitt V.1). Zu etwaigen Folgewirkungen des EuGH-Urt. BMW Bank auch für das Fernabsatz-Widerrufsrecht nach Art. 9 Abs. 1 Verbraucherrechte-Richtlinie 2011/83/EU bei vollständiger Vertragserfüllung siehe die EuGH-Vorlage des BGH v. 22.10.2025 – I ZR 192/24, NJW 2026, 112 (Ls.) = ZIP 2026, 111 = ZIP 2026, 597 (Pottgiesser); EuGH – C-688/25 (Huther Immobilien Mannheim).

45 BGH v. 28.1.2025 – XI ZR 162/21, VuR 2025, 197 (Ls.) = NJW 2025, 894 = ZIP 2025, 1382 (Maier), und XI ZR 524/20, Rn. 13, BKR 2025, 503 mAnm Kalisz. Dagegen Maier VuR 2025, 203 (207, Abschnitt I.1.e), und ZIP 2025, 1382.

46 OLG Stuttgart v. 9.2.2026 – 6 U 63/25, VuR 2026, 236 (Ls., in diesem Heft) = BeckRS 2026, 1718, Rn. 4 = WM 2026, 615. Bei Immobiliardarlehen erlischt das Widerrufsrecht aber ohnehin schon 12 Monate und 14 Tage nach Vertragsschluss (§ 356b Abs. 2 Satz 4 BGB).

47 BGH v. 25.10.2022 – XI ZR 44/22, Rn. 60 ff., VuR 2023, 79 (Ls.) = NJW 2023, 910 mAnm Stark.

48 EuGH v. 30.10.2025 – C-143/23, 3. Leitsatz, Rn. 86 ff., aaO (s.o. Fn. 29). Dem folgend OLG Stuttgart v. 14.4.2026 – 6 U 225/22, BeckRS 2026, 6291, Rn. 27 ff., und 6 U 28/24, BeckRS 2026, 6292, Rn. 37 ff. (Netto-Händlerverkaufswert bei Kauf minus Netto-Händlerverkaufswert bei Rückgabe).

49 BGH v. 25.10.2022 – XI ZR 44/22, Rn. 37, aaO (s.o. Fn. 47). Anders OLG Düsseldorf v. 22.3.2021 – 9 U 107/19, BKR 2021, 711, Rn. 69-71 (mit Verweis auf BGH v. 18.1.2011 – XI ZR 356/09, NJW 2012, 1063).

50 EuGH v. 30.10.2025 – C-143/23, 5. Leitsatz, Rn. 111 ff., aaO (s.o. Fn. 29).

51 EuGH v. 30.10.2025 – C-143/23, 4. Leitsatz, Rn. 101 ff., aaO (s.o. Fn. 29).

52 Maier VuR 2024, 203 (205 mit Fn. 53 ff.).

53 BGH v. 6.5.2025 – X ARZ 38/25, 1. Leitsatz, Rn. 17 ff., VuR 2025, 316 (Ls.) = NJW 2025, 1969 (Ls.) = NJW-RR 2025, 762 = WM 2025, 1025 = ZIP 2025, 1350 = ZIP 2025, 2168 (Paulus) = NJ 2025, 417 mAnm Klose. So auch BayObLG v. 3.7.2025 – 102 AR 11/25 e, BKR 2025, 984 = WM 2025, 1553 = jurisPR-BKR 11/2025 Anm. 1 (Müller-Christmann).

54 BGH v. 6.5.2025 – X ARZ 38/25, 2. Leitsatz, Rn. 34-36, aaO (s.o. Fn. 53).

55 BGH v. 21.10.2025 – XI ZR 133/24, Rn. 31 f., aaO (s.o. Fn. 33), mit Verweis auf BGH v. 5.11.2019 – XI ZR 650/18, BGHZ 224, 1, Rn. 36. Anders OLG Koblenz v. 15.10.2015 – 8 U 241/15, BeckRS 2015, 18758; LG Ravensburg v. 23.2.2021 – 2 O 286/20, VuR 2021, 340 mAnm Maier, und v. 21.3.2023 – 2 O 277/22, VuR 2023, 357 (Ls.).

56 LG Ravensburg v. 8.8.2022 – 2 O 316/21, VuR 2022, 464 mAnm Maier = WM 2022, 1732.

57 EuGH v. 14.3.2024 – C-536/22 (VR Bank Ravensburg-Weingarten), VuR 2024, 197 (Ls.) = BKR 2024, 433 mAnm Tiffe = EuZW 2024, 515 mAnm Knops.

58 LG Ravensburg v. 14.3.2025 – 2 O 134/24, VuR 2025, 239 (Ls.).

59 BGH v. 12.3.2024 – XI ZR 159/23, VuR 2024, 320 (Ls.) = NJW 2024, 1749.

60 LG Ravensburg v. 28.8.2025 – 2 O 134/24, VuR 2026, 78.

des Antrags der Beklagten analog herangezogen hat, Anerkenntnisurteil ergehen müssen. Inzwischen wurde das Verfahren beim EuGH aber doch gestrichen.⁶¹ Das LG habe am 3.12.2025 mitgeteilt, dass es sein Vorabentscheidungsersuchen zurücknehme. Die Vorlagefragen des LG Ravensburg bleiben demnach bis auf Weiteres ungeklärt.

*b) Angaben über die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung.*⁶² Im Dezember 2024 hat der XI. BGH-Zivilsenat entschieden, dass die Angaben über die Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung unzureichend sind, so dass der Anspruch auf die Entschädigung entfällt (§ 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB), wenn sie den Eindruck erwecken, die Entschädigung werde nach der „Restlaufzeit des abzulösenden Darlehens“ berechnet, ohne Rücksicht auf den hierfür maßgeblichen Zeitraum der rechtlich geschützten Zinserwartung.⁶³ Für die rechtlich geschützte Zinserwartung gilt eine Obergrenze von zehn Jahren und sechs Monaten (§ 489 Abs. 1 Nr. 2 BGB).⁶⁴ Der Begriff der rechtlich geschützten Zinserwartung muss in den Angaben aber nicht definiert werden.⁶⁵

Soll die Vorfälligkeitsentschädigung nach der Aktiv-Passiv-Methode berechnet werden, ist die Differenzrechnung ein wesentlicher, in groben Zügen zu benennender Parameter, ohne den die Berechnungsmethode nicht nachvollziehbar ist.⁶⁶ Dabei geht es um die Differenz zwischen den Zinsen, die der Darlehensnehmer bei vereinbarungsgemäßer Durchführung des Darlehensvertrags tatsächlich gezahlt hätte, und der (ebenfalls hypothetischen) Rendite, die sich aus einer laufzeitkongruenten Wiederanlage der freigewordenen Beträge in sichere Kapitalmarkttitle ergeben hätte. Entgegen vorheriger obergerichtlichen Entscheidungen⁶⁷ kann es nicht ausreichen, diese Parameter zusammenhanglos aufzuzählen. Wird die Differenzrechnung nicht angegeben, soll der Anspruch des Darlehensnehmers auf Erstattung der Vorfälligkeitsentschädigung ab ihrer Bezahlung kenntnisabhängig verjähren (§ 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB).⁶⁸ Der Darlehensnehmer, jedenfalls aber ein rechtskundiger Dritte habe erkennen können, dass die Angabe unzureichend war.⁶⁹

Die Angabe, dass der Darlehensgeber bei der Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung „so gestellt (werde), als ob der Kredit bis zum Ablauf der Zinsbindungsfrist planmäßig fortgesetzt worden wäre“, wird in der obergerichtlichen Rechtsprechung unterschiedlich bewertet, wenn der Zins länger als zehn Jahre und sechs Monate (rechtlich geschützte Zinserwartung) gebunden ist. Das OLG Düsseldorf hat die Angabe nicht beanstandet.⁷⁰ Die beiden Urte. des OLG Düsseldorf waren aber schon aus anderen Gründen (fehlende Differenzrechnung bei Aktiv-Passiv-Methode) nicht haltbar.⁷¹ Andere Oberlandesgerichte halten die Angabe für unzureichend (§ 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB).⁷² Der BGH hat dazu – soweit ersichtlich – noch nicht eindeutig entschieden.⁷³

c) Verwaltungsaufwand. Für die Information gemäß § 493 Abs. 5 BGB darf die Bank kein Entgelt („Institutsaufwand“) erheben.⁷⁴ Die Bank dürfe aber den mit der vorzeitigen Abrechnung des Darlehens verbundenen Verwaltungsaufwand in die Vorfälligkeitsentschädigung einrechnen.⁷⁵ Der Verwaltungsauf-

wand sei Bestandteil des finanziellen Nachteils, der ihr durch die vorzeitige Ablösung eines Darlehens entstehe. § 493 Abs. 5 BGB stehe dem nicht entgegen. Für eine solche Entgeltklausel gelten die Anforderungen an eine wirksame Schadenspauschalierung (§ 309 Nr. 5 BGB).⁷⁶

4. Sittenwidrig überhöhte Darlehenszinsen

Für die Beurteilung der Sittenwidrigkeit von Kreditkartenverträgen sei die MFI-Zinsstatistik SUD 114 („Konsumentenkre-

- 61 EuGH v. 16.12.2025 – C-226/25 (VR Bank Bodensee-Oberschwaben), BeckRS 2025, 39705.
- 62 Zur aktuellen BGH-Rechtsprechung zu § 502 Abs. 2 Nr. 2 BGB Grüneberg BKR 2025, 337 (zur Berücksichtigung von Sondertilgungsrechten dort Abschnitt III.4).
- 63 BGH v. 3.12.2024 – XI ZR 75/23, VuR 2025, 143 mAnm Maier = NJW 2025, 643 mAnm Rösler = BKR 2025, 229 mAnm Weissenberger/Pfister = WM 2025, 117 = ZIP 2025, 135 = ZIP 2025, 362 (Berger/Nettekov) = WuB 2025, 81 (Kalisz). Dazu Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 36.
- 64 BGH v. 19.1.2016 – XI ZR 388/14, Rn. 25, VuR 2016, 181 mAnm Tiffe = NJW 2016, 1382 mAnm Servais, und v. 3.12.2024 – XI ZR 75/23, Rn. 22, 26, aaO (s.o. Fn. 63).
- 65 BGH v. 21.10.2025 – XI ZR 187/23, Rn. 24, VuR 2026, 78 (Ls.) = BKR 2025, 1089 = WM 2025, 2115 = ZIP 2025, 3013 = ZIP 2025, 3056 (Rösler) = WuB 2026, 5 (Kalisz). Dazu Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 38.
- 66 BGH v. 20.5.2025 – XI ZR 22/24, Rn. 22, VuR 2025, 343 mAnm Maier = NJW 2025, 2403 mAnm Knöpfel = BKR 2025, 655 mAnm Rösler und mBespr Jockusch/Schultheiß BKR 2026, 15 = WM 2025, 1139 = ZIP 2025, 1521 = ZIP 2025, 2103 (Toussaint) = WuB 2025, 279 (Lühmann/Schäck) = jurisPR-BKR 10/2025 Anm. 3 (Rohde). Dazu Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 37. So auch OLG Stuttgart v. 7.2.2024 – 9 U 124/23, VuR 2024, 358 (Ls.) = NJW-RR 2024, 859, Rn. 30; LG Rostock v. 10.2.2021 – 2 O 872/19, BeckRS 2021, 12602; LG Limburg v. 22.12.2022 – 1 O 32/22, VuR 2023, 198 (Ls.) = BeckRS 2022, 39375, Rn. 31 = ZIP 2023, 741 = EWIR 2023, 195 (Kalisz).
- 67 OLG Celle v. 31.1.2024 – 3 U 82/23, BeckRS 2024, 46833, Rn. 27 (Vorinstanz zu BGH v. 20.5.2025 – XI ZR 22/24, aaO, s.o. Fn. 66); OLG Köln v. 26.4.2023 – 13 U 1/23, BeckRS 2023, 45076, Rn. 13 f.; OLG Rostock v. 17.4.2024 – 1 U 24/21, VuR 2024, 436 (Ls.) = BeckRS 2024, 14290, Rn. 9-11 = ZIP 2024, 2082 = ZIP 2024, 2074 (Kalisz). Das Urte. des OLG Rostock ist nicht rechtskräftig geworden, im Revisionsverfahren (BGH – XI ZR 57/24) haben die Parteien den Rechtsstreit für erledigt erklärt.
- 68 OLG Stuttgart v. 9.2.2026 – 6 U 63/25, VuR 2026, 236 (Ls., in diesem Heft) = WM 2026, 615 = BeckRS 2026, 1718, Rn. 11-15.
- 69 Siehe aber unten Abschnitt III.1.b zur Rechtskenntnis als Voraussetzung für die kenntnisabhängige Verjährung eines Verbraucherspruchs.
- 70 OLG Düsseldorf v. 12.9.2024 – 16 U 146/23, BKR 2025, 224 mAnm Kalisz, Rn. 26-32, und v. 14.2.2025 – 17 U 142/23, VuR 2025, 358 (Ls.) = BeckRS 2025, 3789, Rn. 40 ff. = WM 2025, 705 = ZIP 2025, 1390 = ZIP 2025, 1600 (Emde/Taufmann) = WuB 2025, 189 (Kalisz) = jurisPR-BKR 8/2025 Anm. 4 (Müller-Christmann). Beide Urte. des OLG Düsseldorf sind nicht rechtskräftig geworden, in beiden Revisionsverfahren (BGH – XI ZR 125/24 und XI ZR 31/25) haben die Parteien den Rechtsstreit für erledigt erklärt.
- 71 Maier VuR 2025, 343 (346, Abschnitt 2 der Anmerkung).
- 72 OLG Brandenburg v. 20.3.2024 – 4 U 35/23, VuR 2024, 237 (Ls.) = BeckRS 2024, 6180, Rn. 40-44 = WM 2024, 1759 = WuB 2025, 5 (Rösler); OLG Rostock v. 17.4.2024 – 1 U 24/21, aaO (s.o. Fn. 67), BeckRS 2024, 14290, Rn. 14 f.; OLG Schleswig v. 21.12.2023 – 5 U 107/23, BeckRS 2023, 41189.
- 73 BGH v. 21.10.2025 – XI ZR 187/23, Rn. 24, aaO (s.o. Fn. 65), deutet aber an, dass der Berechnungszeitraum auf den letzten Tag der rechtlich geschützten Zinserwartung einzuschränken ist, wenn die Sollzinsbindungszeit über den Zeitraum der rechtlich geschützten Zinserwartung hinausgeht. So auch Jockusch/Schultheiß BKR 2026, 15 (20, Abschnitt IV.5 mit Fn. 113).
- 74 OLG Celle v. 31.1.2024 – 3 U 82/23, BeckRS 2024, 46833, Rn. 41; OLG Frankfurt a.M. v. 14.12.2022 – 17 U 132/21, VuR 2023, 117 (Ls.) = NJW 2023, 851.
- 75 BGH v. 21.10.2025 – XI ZR 187/23, Rn. 27, aaO (s.o. Fn. 65). Dazu Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 39, und BKR 2026, 337 (338 f., Abschnitt I.3).
- 76 OLG Frankfurt a.M. v. 4.10.2023 – 17 U 214/22, VuR 2023, 477 (Ls.) = NJW-RR 2024, 105, Rn. 30. Zu einer Entgeltklausel über die Berechnung einer Nichtabnahmeentschädigung BGH v. 8.6.2021 – XI ZR 356/20, Rn. 18-20, VuR 2022, 37 (Ls.) = NJW 2021, 2739.

dite an private Haushalte mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren“ maßgeblich.⁷⁷ Die Zeitreihe SUD 132 („echte Kreditkartenkredite an private Haushalte“) sei hierfür ungeeignet, da für den Marktvergleich kein Sondermarkt herangezogen werden dürfe. Es gebe keinen sachlichen Grund, Kreditkartenverträge im Hinblick auf die Zinshöhe anders zu behandeln als „normale“ Ratenkredite mit gleichmäßigen Raten. Auch die MFI-Zinsstatistik SUD 188 für neu verhandelte Kredite betreffe einen Sondermarkt und sei deshalb für die Beurteilung der Sittenwidrigkeit eines Ratenkredits ungeeignet.⁷⁸

Die in der Rechtsprechung übliche Methode zur Ermittlung der Grenze für die Sittenwidrigkeit von Ratenkrediten durch Verdoppelung des Marktzinssatzes sei wegen des Zinseszins efekts ungenau und deshalb nur als Faustregel geeignet.⁷⁹

5. Einwendungsdurchgriff

Bei einem verbundenen Darlehensvertrag kann der Darlehensnehmer ungeachtet der eingetretenen Verjährung der Mängelansprüche den ihm gegenüber dem Verkäufer weiterhin zustehenden Einwand der Mangelhaftigkeit (§ 438 Abs. 4 Satz 2, Abs. 5 BGB) auch gegenüber dem Darlehensgeber geltend machen.⁸⁰ Das Fortbestehen des Leistungsverweigerungsrechts gegenüber Verkäufer und (bei verbundenen Verträgen) Darlehensgeber bei Verjährung des Gewährleistungsanspruchs entspricht der einschlägigen Literaturmeinung.⁸¹

6. Abtretung

a) *Pfandrecht bei Abtretung des Darlehensrückzahlungsanspruchs.* Das in den AGB einer kreditgebenden Bank vorgesehene Pfandrecht der Bank an Vermögensgegenständen des Darlehensnehmers werde nicht dadurch abbedungen, dass der Darlehensvertrag unter dem Text „Der Bank werden in besonderen Urkunden folgende Sicherheiten gestellt“ keine Eintragung enthält. Das gelte auch dann, wenn es sich bei dem bezeichneten Passus des Darlehensvertrags ebenfalls um AGB handelt.⁸² Hat die kreditgebende „Bank“⁸³ ihren Darlehensrückzahlungsanspruch abgetreten, so entstehe an dem nach der Abtretung gebildeten Kontoguthaben des Darlehensnehmers aber weder für die kreditgebende Bank noch für den Zessionar ein Pfandrecht zur Sicherung des Darlehensrückzahlungsanspruchs.⁸⁴ Dies gelte auch dann, wenn Bank und Zessionar die Abtretung akzessorischer Sicherheiten vereinbart haben.

b) *Abtretung von Ansprüchen des Verbrauchers.* Verbraucher können auf ihre Rechte aus der Umsetzung der Verbraucherkredit-Richtlinie 2008/48/EG nicht verzichten (Art. 22 Abs. 2 der Richtlinie⁸⁵, § 512 BGB). Einer Abtretung einer Forderung des Verbrauchers, die er wegen der Verletzung eines ihm durch die Umsetzung der Richtlinie eingeräumten Rechts hat, an einen Dritten, der kein Verbraucher ist, steht dies auch dann nicht entgegen, wenn die Hälfte der Verbraucherverforderung beim Dritten verbleibt.⁸⁶

7. Verjährung

a) *Kondition eines isolierten Schuldanerkenntnisses mit notarieller Vollstreckungsunterwerfung bei Verjährung der Grundforderung.* Das vom Darlehensnehmer in einer notariellen Urkunde abgegebene abstrakte Schuldanerkenntnis mit Vollstreckungsunterwerfung ist regelmäßig kondizierbar (§ 812 Abs. 1 Satz 2 Fall 1, Abs. 2 BGB), wenn die dem Schuldanerkenntnis zugrunde liegende Darlehensforderung verjährt und nicht durch eine Grundschuld gesichert ist.⁸⁷ § 216 Abs. 2 Satz 1 BGB sei auf ein isoliertes, nicht der Verstärkung einer Sicherungsgrundschuld dienendes Schuldanerkenntnis nicht analog anwendbar.⁸⁸ § 214 Abs. 2 BGB sei nicht anzuwenden, wenn die einem abstrakten Schuldanerkenntnis zugrunde liegende Darlehensforderung erst nach Abgabe des Anerkenntnisses verjährt.⁸⁹

Aus dem Zweck, den die Parteien mit dem Schuldanerkenntnis verfolgt haben, könne sich zwar ergeben, dass die Rückforderung des Anerkenntnisses ausgeschlossen sein soll, wenn die Grundforderung verjährt. Wird das Anerkenntnis zusätzlich zu einer Grundschuld abgegeben, solle durch die Ausweitung des Vollstreckungszugriffs auf das gesamte Vermögen des Darlehensnehmers/Sicherungsgebers die Grundschuld sicherheit in Form einer eigenständigen Sicherheit verstärkt werden. Anders sei es aber bei einem isolierten Schuldanerkenntnis, das keine Sicherungsgrundschuld verstärkt. Ein solches Anerkenntnis diene in der Regel lediglich der Erleichterung der Durchsetzung der Grundforderung. Der Zweck der erleichterten Durchsetzung der Grundforderung könne aber nicht mehr erreicht werden, wenn die Grundforderung verjährt, also dauerhaft nicht mehr durchsetzbar ist. Für einen Ausschluss des Anspruchs des Schuldners auf Herausgabe des Schuldanerkenntnisses bestehe dann kein Anlass. Ein isoliertes Schuldanerkenntnis habe insbe-

77 LG Ravensburg v. 30.7.2025 – 2 O 30/25, VuR 2025, 436 (Ls.) = NJW-RR 2025, 1454.

78 LG Ravensburg v. 11.7.2025 – 2 O 22/25, 1. Leitsatz, VuR 2025, 436 (Ls.) = NJW-RR 2025, 1453, Rn. 16. Anders OLG Brandenburg v. 4.6.2025 – 4 U 89/24, BKR 2026, 177, Rn. 19 = WM 2025, 2278 = WuB 2026, 43 (Beyer).

79 LG Ravensburg v. 11.7.2025 – 2 O 22/25, 2. Leitsatz, VuR 2025, 436 (Ls.) = NJW-RR 2025, 1453, Rn. 19.

80 OLG Oldenburg v. 3.9.2025 – 8 U 76/25, VuR 2026, 78 (Ls.) = WM 2025, 1890 = ZIP 2025, 2616 = ZIP 2026, 146 (Maier) = WuB 2025, 520 (Escher-Weingart). Auf den Hinweisbeschl. des OLG (§ 522 Abs. 2 ZPO) hat die beklagte Bank ihre Berufung gegen das LG-Urt. zurückgenommen.

81 Escher-Weingart WuB 2025, 520 (523 f.); BeckOK BGB/Müller-Christmann, BGB § 359 Rn. 18.

82 LG Stuttgart v. 23.7.2025 – 27 O 259/24, 1. Leitsatz, VuR 2026, 78 (Ls.) = ZIP 2025, 2426 = ZIP 2026, 90 (Kopp). Das Urte. ist nicht rechtskräftig (OLG Stuttgart – 3 U 118/25).

83 Im Fall des LG Stuttgart (aaO, s.o. Fn. 82) war anscheinend eine Sparkasse beklagt, jedenfalls waren die AGB-Sparkassen einschlägig. Zu insoweit abweichenden Regelungen in den AGB-Banken Rodi BKR 2026, 211 (219, Abschnitt V aE).

84 LG Stuttgart v. 23.7.2025 – 27 O 259/24, 2. Leitsatz, aaO (s.o. Fn. 82). Dagegen Rodi BKR 2026, 211 (219, Abschnitt V mit Fn. 162).

85 Entsprechend Art. 43 Abs. 1 der neuen Verbraucherkredit-Richtlinie (EU) 2023/2225, Art. 41 lit. a Wohnimmobilienkredit-Richtlinie 2014/177 EU.

86 EuGH v. 9.10.2025 – C-80/24 (PKO Bank Polski), NJW 2026, 41 = BKR 2026, 221 mAnm Heinrich-Pendl BKR 2026, 202.

87 BGH v. 20.1.2026 – XI ZR 131/24, VuR 2026, 235 (Ls., in diesem Heft) = BKR 2026, 367 mAnm Feldhusen = WM 2026, 377 = ZIP 2026, 656 (Piekenbrock). Dazu becklink 2037288. Darlehensforderung war ein Kontokorrentkredit, Darlehensnehmerin war eine OHG, das Schuldanerkenntnis wurde von einem Mitgesellschafter der OHG erteilt.

88 BGH v. 20.1.2026 – XI ZR 131/24, Rn. 18-30, aaO (s.o. Fn. 87).

89 BGH v. 20.1.2026 – XI ZR 131/24, Rn. 31-40, aaO (s.o. Fn. 87).

sondere nicht den Zweck, den Gläubiger gegen das Risiko der Verjährung der Grundforderung abzusichern, soweit ein solcher Zweck zwischen den Parteien nicht vereinbart worden ist.⁹⁰

b) *Verjährungshemmung bei Verzug (§ 497 Abs. 3 Satz 3 BGB).* Der Darlehensgeber, der sich auf den Hemmungstatbestand des § 497 Abs. 3 Satz 3 BGB beruft, muss beweisen, dass der Darlehensnehmer den Darlehensvertrag als Verbraucher abgeschlossen hat⁹¹ bzw. dass es sich um einen Verbraucherdarlehensvertrag handelt⁹².

8. Aufklärungspflichten eines Darlehensvermittlers

Ein nicht gebundener Vermittler von Immobiliendarlehen schuldet seinem Kunden eine umfassende und richtige Aufklärung über die in Betracht kommenden Finanzierungsmöglichkeiten. Im Rahmen der geschuldeten Aufklärung darf ein reales Risiko (hier: Nichtzustandekommen des Grundstückskaufvertrags nach bereits geschlossenem und nicht mehr widerruflichem Darlehensvertrag) nicht so verharmlost werden, dass der Eindruck entsteht, es sei nur theoretischer Natur.⁹³ Diese Aufklärungspflichten gelten auch für gebundene Vermittler und bei der Vermittlung von Allgmeindarlehen.⁹⁴ Die Beschränkung auf die Vermittlung von Immobiliendarlehen ist nur dann relevant, wenn es um die Verletzung von Beratungspflichten geht (§ 655a Abs. 3 Satz 1, § 511 BGB), die Beschränkung auf nicht gebundene Vermittler im Übrigen nur hinsichtlich der Produktpalette, welche der Vermittler berücksichtigen muss (§ 655a Abs. 3 Satz 3 BGB).

9. Sparvertrag

a) *Kündigung.* Die in Sparverträgen enthaltene formularmäßige Bestimmung über die Vertragsdauer „Der Vertrag wird mit einer Laufzeit von |__1188 Monaten abgeschlossen.“ beinhaltet eine einseitig zu Lasten der Sparkasse verbindliche Gesamtlaufzeit des Vertrags für 1188 Monate (99 Jahre) und einen Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts der Sparkasse für diesen Zeitraum.⁹⁵

b) *Zinsanpassung.*⁹⁶ Enthalten Prämienparverträgen, bei denen die Prämien auf die Sparbeiträge stufenweise bis zum 15. Sparjahr steigen, eine unwirksame Zinsänderungsklausel, ist für die vorzunehmende Zinsanpassung im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung die Verhältnismethode maßgebend.⁹⁷ Zwar ließen sich sowohl für die Verhältnismethode als auch für eine gleichbleibende absolute Gewinnmarge (Differenzmethode) Pro- und Contra-Argumente finden.⁹⁸ Gründe, die entscheidend für die Anwendung der Differenz- und gegen die Verhältnismethode sprechen würden, seien bisher aber nicht vorgebracht worden.

Die Fristigkeit der für die Zinsanpassung ausgewählten Zeitreihe soll der in den Sparverträgen angelegten Laufzeit (15 Jahre) zwar „möglichst nahekommen“.⁹⁹ Dafür reiche aber auch knapp die Hälfte aus (Restlaufzeit von 7 Jahren).¹⁰⁰ Eine 15 Jahre übersteigende Fristigkeit wurde bisher anscheinend nicht erwogen, obwohl angesichts des von den Parteien der Prä-

miensparverträge häufig angenommenen Zeithorizonts von ca. 25 Jahren¹⁰¹ eine längere Fristigkeit angezeigt und bei Verträgen mit einer vereinbarten Laufzeit von 1188 Monaten (99 Jahre)¹⁰² geboten wäre.¹⁰³

Ohnehin überprüft der BGH die vom OLG in einem Musterfeststellungsverfahren getroffene Bestimmung des Referenzzinses nur daraufhin, ob der Referenzzins den nach der Rechtsprechung an ihn zu stellenden Anforderungen genügt, ob sich das OLG bei der Bestimmung des Referenzzinses sachverständiger Hilfe bedient hat, und ob es auf dieser Grundlage eine eigene nachvollziehbare und widerspruchsfreie Begründung für seine Bestimmung gegeben hat.¹⁰⁴ Die Begründung des OLG soll auch dann „nachvollziehbar und widerspruchsfrei“ sein, wenn das OLG aufgrund eines Rechtsfehlers eine Zeitreihe ausgewählt hat, die nach seinen eigenen Feststellungen nicht am besten passt.¹⁰⁵

Auf dieser Grundlage hat der BGH inzwischen einen reichhaltigen Zeitreihen-Fundus¹⁰⁶ bestätigt, aus welchem die Anbieter sich für die Zinsanpassung bei Prämienparverträgen bedienen können:

- BBSIS.M.I.UMR.RD.EUR.S1311.B.A604.R0815.R.A.A._
Z._Z.A (Umlaufrenditen inländischer Inhaberschuldverschreibungen / Börsennotierte Bundeswertpapiere / RLZ 8 bis 15 Jahre / Monatswerte), vormals WU9554,¹⁰⁷

90 BGH v. 20.1.2026 – XI ZR 131/24, Rn. 41 f., aaO (s.o. Fn. 87).
 91 OLG München v. 4.7.2025 – 19 U 2350/24, VuR 2026, 117 (Ls.) = WM 2025, 2028 = WuB 2025, 514 (Schmitt-Lampe).
 92 Zu einem Kreditkartenvertrag LG Heidelberg v. 23.9.2025 – 2 O 51/25, BeckRS 2025, 28355, Rn. 29-31.
 93 BGH v. 20.2.2025 – I ZR 122/23, VuR 2025, 316 (Ls.) = NJW 2025, 1200 = BKR 2025, 935 mAnm Süß = WM 2025, 477 = ZIP 2025, 951 = ZIP 2025, 1263 (Krupp) = WuB 2025, 185 (Harnos) = jurisPR-BKR 5/2025 Anm. 3 (Lungershausen).
 94 Harnos WuB 2025, 185 (187 f.).
 95 BGH v. 23.9.2025 – XI ZR 29/24, Rn. 72, VuR 2026, 21 mAnm Maier = NJW 2025, 3794 (Ls.) = BKR 2025, 1128 mAnm Kalisz = WM 2025, 2019 = ZIP 2025, 2746 mAnm Wehrt ZIP 2026, 525 = WuB 2025, 503 (Aydin) = LMK 2025, 820766 (Schultheiß). Dazu BGH Pressemitteilung Nr. 174/2025 v. 23.9.2025 (becklink 2035736). Siehe schon BGH v. 14.11.2023 – XI ZR 88/23, Rn. 39 ff., VuR 2024, 158 (Ls.) = BKR 2024, 190.
 96 Zur Zinsanpassung bei Sparverträgen auch Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 42-45.
 97 BGH v. 23.9.2025 – XI ZR 29/24, 3. Leitsatz, Rn. 55-59, aaO (s.o. Fn. 95). So auch OLG Brandenburg v. 8.10.2025 – 4 U 7/25, aaO (s.u. Fn. 112), BeckRS 2025, 28630, Rn. 15; anders OLG München v. 21.7.2025 – 17 U 5659/21, BKR 2025, 974 mAnm Borsch, Rn. 23 ff. = WM 2026, 526.
 98 Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 45.
 99 BGH v. 6.10.2021 – XI ZR 234/20, Rn. 85, VuR 2022, 103 (Ls.) mAnm Metz = NJW 2022, 311; v. 9.7.2024 – XI ZR 44/23, 1. Leitsatz, Rn. 34, VuR 2024, 386 mAnm Maier = NJW 2024, 2751 mAnm Feldhusen NJW 2024, 3107; v. 1.7.2025 – XI ZR 16/24, Rn. 14, VuR 2025, 397 (Ls.) = NJW-RR 2025, 1129 = BKR 2025, 841 = WM 1411 = ZIP 2025, 1852 = WuB 2025, 322 (Rösler/Reuse); v. 23.9.2025 – XI ZR 29/24, Rn. 45, aaO (s.o. Fn. 97), und v. 9.12.2025 – XI ZR 64/24, Rn. 18, VuR 2026, 101 mAnm Maier = NJW 2026, 1142 = BKR 2026, 129 = WM 2026, 65 = ZIP 2026, 155 = ZIP 2026, 341 (Kalisz) = WuB 2026, 39 (Furche).
 100 BGH v. 9.12.2025 – XI ZR 64/24, Rn. 21, aaO (s.o. Fn. 99).
 101 Wehrt ZIP 2024, 2746 (2748 f., Abschnitt III.2).
 102 Soeben Abschnitt I.9.a.
 103 Maier VuR 2026, 21 (31).
 104 BGH v. 9.12.2025 – XI ZR 64/24, 2. Leitsatz, Rn. 23, aaO (s.o. Fn. 99).
 105 BGH v. 23.9.2025 – XI ZR 29/24, Rn. 51-53, aaO (s.o. Fn. 95), und v. 9.12.2025 – XI ZR 64/24, Rn. 28 f., aaO (s.o. Fn. 99). Dazu Maier VuR 2026, 101 (104 f.).
 106 Gegenüberstellung der neuen und alten Zeitreihenschlüssel für Renditen und Zinsstrukturangaben: t1p.de/zinsen-zeitreihen (www.bundesbank.de).
 107 BGH v. 9.7.2024 – XI ZR 44/23, 1. Leitsatz, Rn. 33 f., aaO (s.o. Fn. 99), und v. 1.7.2025 – XI ZR 16/24, Rn. 15, aaO (s.o. Fn. 99).

- BBSIS.M.I.ZAR.ZI.EUR.S1311.B.A604.R15XX.R.A.A._Z._Z.A. (Aus der Zinsstruktur abgeleitete Renditen für Bundeswertpapiere mit jährl. Kuponzahlungen / RLZ 15 Jahre / Monatswerte), vormals WZ3414,¹⁰⁸
- BBSIS.M.I.ZAR.ZI.EUR.S1311.B.A604.R10XX.R.A.A._Z._Z.A. (Aus der Zinsstruktur abgeleitete Renditen für Bundeswertpapiere mit jährl. Kuponzahlungen / RLZ 10 Jahre / Monatswerte), vormals WZ3409 / WX0365,¹⁰⁹
- BBSIS.M.I.ZST.ZI.EUR.S1311.B.A604.R07XX.R.A.A._Z._Z.A. (Zinsstrukturkurve, Svensson-Methode / Börsennotierte Bundeswertpapiere / RLZ 7 Jahre / Monatswerte), vormals WZ9820,¹¹⁰
- Umlaufrenditen von Bundesanleihen mit siebenjähriger Restlaufzeit (Tabelle 7e, „Renditenstruktur am Rentenmarkt – Schätzwerte“).¹¹¹

Beauftragt der Kunde einen Kreditsachverständigen mit der Berechnung seines Anspruchs aus der Zinsanpassung, kann ein Anspruch gegen die Bank auf Erstattung der Sachverständigenkosten bestehen.¹¹² Ein Vergleichsangebot einer Bank zur Nachberechnung der Zinsen kann eine irreführende geschäftliche Handlung darstellen (§ 5 UWG), wenn es von einem falschen Vertragszinssatz ausgeht oder auf Grundlagen beruht, die mit der BGH-Rechtsprechung nicht harmonisieren.¹¹³

10. Bausparvertrag / Riester-Altersvorsorgevertrag

a) *Zustimmungsfiktionsklausel.* Eine Klausel in AGB einer Bausparkasse, nach der die Zustimmung des Bausparers zu bestimmten Änderungen als erteilt gilt, wenn dieser nicht innerhalb einer bestimmten Frist widerspricht und auf die Bedeutung des unterlassenen Widerspruchs hingewiesen wurde, ist wirksam, wenn sie sich ausschließlich auf Änderungen bezieht, die nicht der Zustimmung der BaFin unterliegen und hierdurch weder der Vertragszweck geändert noch in die Kernrechte des Bausparers eingegriffen wird.¹¹⁴ Das Postbank-Urt. des BGH aus April 2021¹¹⁵ stehe einer solchen Zustimmungsfiktion nicht entgegen. Die streitgegenständliche Klausel enthalte eine einschränkend-konkretisierende Formulierung.¹¹⁶

b) *Jahresentgelt in der Ansparphase (Riester-Bausparvertrag).* AGB-Klauseln über ein Jahresentgelt bei Bausparverträgen sind (auch) in der Ansparphase grundsätzlich unwirksam.¹¹⁷ Dies soll einem Jahresentgelt bei Riester-Bausparverträgen aber nicht entgegenstehen. Indem der Gesetzgeber bei Altersvorsorgeverträgen Entgelte für Verwaltungskosten zugelassen hat (§ 2a Abs. 1 Nr. 1 AltZertG), habe er in materiell-rechtlicher Hinsicht eine Befugnis zur Vereinbarung der dort näher definierten Entgelte zum Ausdruck gebracht, so dass eine entsprechende Klausel über ein Jahresentgelt für regelmäßige Verwaltungstätigkeiten einer Bausparkasse während der Ansparphase einer Inhaltskontrolle nach § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB standhalte.¹¹⁸

c) *Abschluss- und Vermittlungskosten in Riester-Altersvorsorgevertrag.* Die Zulässigkeit von Abschluss- und Vermittlungskosten in Riester-Altersvorsorgeverträgen ist Gegenstand mehrerer Verbandsklageverfahren.¹¹⁹

II. Bürgschaft

1. *Sicherungsabrede unwirksam* Hat der Bürge eine Sicherung gewährt, obwohl die Sicherungsabrede zwischen Hauptschuldner und Gläubiger unwirksam ist, so kann er sich gegenüber dem Leistungsverlangen des Gläubigers auf die Unwirksamkeit der Sicherungsabrede und auf die Einrede des Hauptschuldners berufen, dass der Gläubiger seine Inanspruchnahme zu unterlassen hat.¹²⁰

2. Insolvenz des Hauptschuldners

Die Verjährung der Bürgschaftsforderung bei Insolvenz des Hauptschuldners richtet sich ebenfalls nach § 259b InsO.¹²¹

III. Bankkonto (Zahlungsdienste)¹²²

1. Rückzahlung von Kontoführungsentgelten bei unwirksamer Zustimmungsfiktion

In einem Musterfeststellungsverfahren hat der XI. BGH-Zivilsenat insbesondere zur kenntnisabhängigen Verjährung der Ansprüche des Kunden auf Erstattung von Kontoführungsentgelten entschieden¹²³, die auf Grundlage einer unwirksamen Zu-

108 BGH v. 23.9.2025 – XI ZR 29/24, 2. Leitsatz, Rn. 47 f., aaO (s.o. Fn. 95).

109 BGH v. 23.9.2025 – XI ZR 29/24, 2. Leitsatz, Rn. 51-54., aaO (s.o. Fn. 95).

110 BGH v. 9.12.2025 – XI ZR 64/24, 1. Leitsatz, Rn. 21, aaO (s.o. Fn. 99).

111 BGH v. 9.12.2025 – XI ZR 64/24, 1. Leitsatz, Rn. 27-30, aaO (s.o. Fn. 99).

112 OLG Brandenburg v. 8.10.2025 – 4 U 7/25, BeckRS 2025, 28630, Rn. 16-22 = WM 2026, 534 = WuB 2026, 99 (Kalisz).

113 LG Karlsruhe v. 5.2.2026 – 13 O 19/25 KfH, BKR 2026, 374 mAnm Meier.

114 OLG Frankfurt a.M. v. 23.7.2025 – 17 U 188/23, VuR 2025, 479 (Ls.) = NJW-RR 2025, 1393 = WM 2025, 1826 = ZIP 2025, 2230 = ZIP 2025, 2738 (Schmidt) = WuB 2025, 453 (Langner/Samhat) = jurisPR-BKR 2/2026 Anm. 2 (Steiner). Dazu OLG Frankfurt a.M. Pressemitteilung Nr. 47/2025 v. 31.7.2025 (becklink 2035101). So auch OLG Stuttgart v. 28.3.2024 – 2 U 207/22, BKR 2024, 776 mAnm Feldhusen = BeckRS 2024, 7140, Rn. 99 ff.

115 BGH v. 27.4.2021 – XI ZR 26/20, aaO (s.u. Fn. 124).

116 Dazu BGH v. 27.4.2021 – XI ZR 26/20, Rn. 32, aaO (s.u. Fn. 124).

117 BGH v. 15.11.2022 – XI ZR 551/21, VuR 2023, 117 (Ls.) = NJW 2023, 296 mAnm Linardatos.

118 OLG Frankfurt a.M. v. 23.7.2025 – 17 U 192/23, VuR 2025, 478 (Ls.) = ZIP 2025, 2173 = ZIP 2025, 2485 (Rollberg). Dazu OLG Frankfurt a.M. Pressemitteilung Nr. 47/2025 v. 31.7.2025 (becklink 2035101). Das Urt. ist nicht rechtskräftig (BGH – XI ZR 83/25).

119 LG Hechingen v. 15.10.2024 – 5 O 11/24, BKR 2025, 328 mAnm Tiffe, abgeändert durch OLG Stuttgart v. 11.12.2025 – 2 U 158/24, GRUR-RS 2025, 40197 = GRUR-Prax 2026, 256 (Kaatz); LG Memmingen v. 12.3.2025 – 1 HK O 1107/24, BKR 2025, 693 mAnm Latta/Dresler, nicht rechtskräftig (OLG München – 6 U 968/25e). Dazu auch Rodi BKR 2026, 211 (214, Abschnitt I.5).

120 OLG Düsseldorf v. 25.3.2025 – 23 U 138/23, NJW-RR 2025, 1233, Rn. 25.

121 LG Bonn v. 8.8.2025 – 7 O 302/24, VuR 2026, 117 (Ls.) = ZIP 2025, 2968 = NZI 2026, 151 mAnm Madaus. Das Urt. ist nicht rechtskräftig (OLG Köln – 7 U 89/25).

122 Siehe auch die Rechtsprechungsübersicht zum Zahlungsdienstrecht von Zahrte BKR 2026, 54.

123 BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, VuR 2025, 382 mAnm Maier = NJW 2025, 2469 = BKR 2025, 941 mAnm Jordans = WM 2025, 1279 = ZIP 2025, 1660 = ZIP 2025, 1909 (Rodi) = WuB 2025, 284 (Edelmann). Dazu BGH Pressemitteilung Nr. 102/2025 v. 3.6.2025 (becklink 2034469); Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 23-28; Rodi BKR 2026, 211 (215 ff., Abschnitt II).

stimmungsfiktionenklausel¹²⁴ erhoben wurden. Dabei hat er nochmals klargestellt, dass die für die ergänzende Vertragsauslegung von Energielieferverträgen entwickelte sog. Dreijahreslösung¹²⁵ auf die Rückforderung rechtsgrundlos erhobener Kontoführungsentgelte nicht übertragbar ist.¹²⁶

a) *Entstehung des Erstattungsanspruchs* (§ 199 Abs. 1 Nr. 1 BGB). Der Bereicherungsanspruch des Kunden gegen die Sparkasse wegen eines ohne Rechtsgrund vom Girokonto des Kunden abgebuchten Entgelts entstehe nicht schon mit der Abbuchung, sondern erst mit dem Anerkenntnis des Saldoabschlusses durch den Kunden, in den der vermeintliche Entgeltanspruch der Sparkasse eingestellt worden ist. Wenn der Kunde den Saldoabschluss nicht ausdrücklich anerkennt und keine Einwendungen gegen den Abschluss vorbringt, gelte dieser nach Ablauf von sechs Wochen als anerkannt (Nr. 7 Abs. 3 Satz 2 AGB-Sparkassen).¹²⁷

b) *Kenntnis des Kunden von den den Anspruch begründenden Umständen* (§ 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB). Der Kunde erhalte durch die Mitteilung der Bank über eine beabsichtigte Änderung eines Entgelts, die auf einer unwirksam formulärmäßig vereinbarten Zustimmungsfiktion des Kunden beruht, und durch den anschließenden Ausweis des Entgelts in dem von der Bank erstellten Saldoabschluss Kenntnis von den seinen Rückforderungsanspruch begründenden Umständen (§ 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB).¹²⁸ Das Unionsrecht stehe dem nicht entgegen.¹²⁹

Diese Auffassung beruht auf der gefestigten BGH-Rechtsprechung, wonach den Anspruch begründende „Umstände“ in § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB nur die tatsächlichen Umstände seien, dass es auf die Rechtskenntnis des Gläubigers also nicht ankomme, um die kenntnisabhängige Verjährungsfrist in Lauf zu setzen.¹³⁰ Entgegen der Auffassung (nicht nur) des XI. BGH-Zivilsenats ist diese Rechtsprechung für Verbraucheransprüche mit den neueren EuGH-Vorgaben aber nicht mehr vereinbar. Der Verbraucher muss eine realistische Möglichkeit haben, von seinen Rechten Kenntnis zu nehmen, bevor seine Forderung verjährt.¹³¹ Für eine solche realistische Möglichkeit des Verbrauchers reicht es nicht aus, dass die ihm nicht bekannte Rechtslage höchstrichterlich geklärt ist und dass es ihm möglich gewesen wäre, sich anlasslos rechtlich beraten zu lassen.¹³²

Entgegen dem Standpunkt (nicht nur) des XI. BGH-Zivilsenats¹³³ kann § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB auch richtlinienkonform dahin ausgelegt werden, dass die Verjährung von Verbraucheransprüchen auch deren Rechtskenntnis erfordert. Den Anspruch begründende Umstände, auf deren Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis die Vorschrift für den Verjährungsbeginn abstellt, können auch rechtliche Umstände sein.¹³⁴

c) *Zumutbarkeit der Klageerhebung*. Der Verjährungsbeginn nach § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB kann hinausgeschoben sein, wenn eine unsichere und zweifelhafte Rechtslage vorliegt, die selbst ein rechtskundiger Dritter nicht zuverlässig einzuschätzen vermag. Dann fehlt es an der Zumutbarkeit der Klageerhebung. Diese übergreifende Voraussetzung für den Verjährungsbeginn stelle sicher, dass der Verbraucher die Möglichkeit hat, von sei-

nen Rechten Kenntnis zu nehmen, bevor die Verjährungsfrist in Gang gesetzt wird.¹³⁵

Zur Unwirksamkeit von Zustimmungsfiktionenklauseln sei die Rechtslage aber schon vor dem Postbank-Urt. v. 27.4.2021¹³⁶ nicht unsicher und zweifelhaft gewesen. Ein BGH-Urt. aus dem Jahr 2007¹³⁷ zu einer AGB-Klausel eines Internetproviders habe eine zuverlässige Tendenz zur AGB-rechtlichen Unwirksamkeit von Zustimmungsfiktionenklauseln erkennen lassen.¹³⁸ Auch wenn es so wäre, würde sich daraus keine Möglichkeit des Verbrauchers ergeben, von seinen Rechten Kenntnis zu nehmen.¹³⁹ Zahlreiche rechtskundige Dritte haben dem BGH-Urt. aus dem Jahr 2007 aber ohnehin keine Unwirksamkeit von Zustimmungsfiktionenklauseln in Banken-AGB entnommen.¹⁴⁰ Stattdessen wurde eine unsichere und zweifelhafte Rechtslage bis Mitte 2025 überwiegend mit dem entgegengesetzten Argument abgelehnt, dass Zustimmungsfiktionenklauseln bis zum Postbank-Urt. aus dem Jahr 2021 ganz überwiegend als wirksam bewertet wurden, dass es hierzu also keinen Meinungsstreit gegeben habe.¹⁴¹ Dies könnte die vermeintliche Möglichkeit des Verbrauchers, von seinen Rechten Kenntnis zu nehmen, freilich noch weniger rechtfertigen als der Verweis auf das BGH-Urt. aus dem Jahr 2007.¹⁴²

124 Zur Unwirksamkeit der Zustimmungsfiktionenklausel BGH v. 27.4.2021 – XI ZR 26/20 (Postbank), VuR 2021, 421 mAnm Kuper/Weiß VuR 2021, 409 = NJW 2021, 2273 mAnm Omlor NJW 2021, 2243. Die Unwirksamkeit sei nicht mehr klärungsbedürftig (BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, Rn. 69-72, aaO, s.o. Fn. 123). Zur Wirksamkeit einer Zustimmungsfiktionenklausel mit einschränkend-konkretisierender Formulierung oben Abschnitt I.10.a.

125 Die Vereinbarkeit der sog. Dreijahreslösung mit dem Unionsrecht ist Gegenstand einer EuGH-Vorlage des KG Berlin v. 10.12.2024 – 9 U 1087/20, BeckRS 2024, 36096 = ZIP 2025, 2937 (Hombberger). Dazu Graf von Westphalen NJW 2025, 2216, Rn. 31 ff. Rs. beim EuGH: C-900/24 (SVB).

126 BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, 1. Leitsatz, Rn. 82, 89, aaO (s.o. Fn. 123). Dazu schon BGH v. 19.11.2024 – XI ZR 139/23, Rn. 21 ff., VuR 2025, 147 mAnm Stößer/Kallenbach = NJW 2025, 577 mAnm Schultess.

127 BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, 1. Leitsatz, Rn. 31-34, aaO (s.o. Fn. 123).

128 BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, 2. Leitsatz, Rn. 35 f., aaO (s.o. Fn. 123).

129 BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, Rn. 46-51, aaO (s.o. Fn. 123).

130 BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, Rn. 36, aaO (s.o. Fn. 123).

131 EuGH v. 25.1.2024 – C-810/21 u.a. (Caixabank), Rn. 48, VuR 2024, 319 (Ls.) = NJW 2024, 3577 mAnm Maier NJW 2024, 3557, v. 25.4.2024 – C-484/21 (Caixabank), Rn. 35, WM 2024, 1117, und C-561/21 (Banco Santander), Rn. 38, VuR 2024, 319 (Ls.) = WM 2024, 1121, sowie v. 19.3.2026 – C-679/24 (UniCredit Bank u.a.), WM 2026, 766. Dazu auch Maier VuR 2025, 203 (211 f., Abschnitt I.3.c).

132 Maier VuR 2025, 382 (391, Abschnitt 2a).

133 BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, 2. Leitsatz, Rn. 51, aaO (s.o. Fn. 123).

134 Maier VuR 2024, 301 (307, Abschnitt A.1.3), und NJW 2024, 3557, Rn. 25.

135 BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, Rn. 49, aaO (s.o. Fn. 123).

136 BGH v. 27.4.2021 – XI ZR 26/20 (Postbank), aaO (s.o. Fn. 124).

137 BGH v. 11.10.2007 – III ZR 63/07, NJW-RR 2008, 134.

138 BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, Rn. 41, 45, aaO (s.o. Fn. 123).

139 Maier VuR 2025, 382 (391).

140 Nachweise bei Grigoleit WM 2023, 697 (699, Fn. 8) und Herresthal ZHR 86 (2022), 373 (376, Fn. 15). Siehe aber Feldhusen WM 2020, 397, und WM 2020, 441.

141 ZB KG Berlin v. 27.3.2024 – 26 MK 1/21, VuR 2024, 301 mAnm Maier = BKR 2024, 613 mAnm Omlor (Vorinstanz zu BGH v. 3.6.2025 – XI ZR 45/24, aaO, s.o. Fn. 123): „Vielmehr gingen die Instanzgerichte und Meinungen im Schrifttum weit überwiegend von der Wirksamkeit derartiger Klauseln aus. Gegenteilige Äußerungen blieben vereinzelte.“

142 Maier VuR 2024, 301 (308, linke Spalte oben).

2. Verwarentgelte (Negativzinsen)

Mit vier Urt. v. 4.2.2025 hat der XI. BGH-Zivilsenat über AGB-Klauseln zu Verwarentgelten bei Giro-¹⁴³, Tagesgeld-¹⁴⁴ und Sparkonten¹⁴⁵ entschieden.¹⁴⁶ Mit dem Entgelt für die Verwahrung von Guthaben bepreise die Bank eine Hauptleistung.¹⁴⁷ § 700 Abs. 1 Satz 1 iVm § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB stehe einer Gegenleistung des Kunden nicht entgegen. Stattdessen soll sich aus § 700 Abs. 1 Satz 1 iVm § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB ergeben, dass eine Entgeltspflicht des Kapitalgebers (beim Verwarentgelt also des Kunden) keine gesetzlich nicht vorgesehene Gegenleistung des Kunden darstelle. Denn die unregelmäßige Verwahrung könne wie das Darlehen nach der gesetzlichen Regelung sowohl entgeltlich (§ 700 Abs. 1 Satz 1, § 488 Abs. 1 Satz 2 BGB) als auch unentgeltlich (§ 700 Abs. 1 Satz 1, § 488 Abs. 3 BGB) ausgestaltet sein.¹⁴⁸ Richtig ist das nicht.¹⁴⁹ Das gesetzliche Leitbild des Darlehensvertrags sieht für den Kapitalgeber keine Entgeltspflicht vor.¹⁵⁰

Bei Spar- und Tagesgeldkonten ohne Zahlungsverkehrsfunktion seien AGB-Klauseln über ein Verwarentgelt wegen der Änderung des für solche Verträge charakteristischen Spar- und Anlagezwecks kontrollfähig¹⁵¹ und hielten einer Inhaltskontrolle nicht stand¹⁵². Bei Girokonten könne die Verwahrung gegenüber Neukunden dagegen kontrollfrei bepreist werden (§ 307 Abs. 3 Satz 1 BGB), die in den BGH-Fällen verwendeten Klauseln seien aber intransparent und deshalb unwirksam (§ 307 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 Satz 2 BGB).¹⁵³ Gegenüber Bestandskunden können Verwarentgelte bei Girokonten nur aufgrund einer ausdrücklichen beiderseitigen Vereinbarung erhoben werden.¹⁵⁴

Eine Bank, die eine unwirksame AGB-Klausel über ein Verwarentgelt verwendet hat, kann zur Folgenbeseitigung verpflichtet sein, z.B. durch Information der betroffenen Kunden über die Unwirksamkeit der Klausel.¹⁵⁵

3. Entgelt für Ersatzkarte/Ersatz-PIN

Eine Klausel über ein Entgelt für eine Ersatzkarte/Ersatz-PIN, das „nur berechnet (wird), wenn der Kunde die Umstände, die zum Ersatz der Karte/PIN geführt haben, zu vertreten hat und die Bank nicht zur Ausstellung einer Ersatzkarte/Ersatz-PIN verpflichtet ist“, sei zwar kontrollfrei, aber intransparent (§ 307 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 Satz 2 BGB).¹⁵⁶ Der Abstraktionsgrad der Klausel sei mit dem Verständnisgebot nicht zu vereinbaren.

4. Entgeltinformationen als AGB?

Zu der Frage, ob vorvertragliche Entgeltinformationen (§§ 5 ff. ZKG) AGB darstellen¹⁵⁷, sind beim XI. BGH-Zivilsenat zahlreiche Verfahren anhängig.¹⁵⁸

5. Schadensersatz bei verspäteter Ausführung eines Zahlungsauftrags (§§ 675s, 675z BGB)

Der erstbeauftragte Zahlungsdienstleister hat das Verschulden einer von ihm zwischengeschaltete Stelle wie eigenes Verschulden zu vertreten (§ 675z Satz 3 BGB), die zwischengeschaltete Stelle ist dessen Erfüllungsgehilfe.¹⁵⁹ § 675z Satz 1 BGB schließt

einen Ersatzanspruch des Kunden aus §§ 280, 281 BGB nur für solche Ansprüche aus, die von §§ 675u, 675y BGB erfasst werden.¹⁶⁰

6. Falsche Angaben im Zahlungsauftrag

a) *IBAN gefälscht.* Überweisungen an eine gefälschte IBAN haben in der Regel keine Erfüllungswirkung.¹⁶¹ Anders kann es im

143 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 61/23, NJW 2025, 1749 (Ls.) = NJW-RR 2025, 684 = BKR 2025, 460 mAnm Wollgarten = WM 2025, 570 = ZIP 2025, 884 = ZIP 2025, 875 (Koch) = WuB 2025, 181 (Piekenbrock), XI ZR 65/23, VuR 2025, 222 mAnm Maier = BGHZ 243, 9 = NJW 2025, 1743 mAnm Berger/Reiss NJW 2025, 1692 = WM 2025, 509 = ZIP 2025, 693 mAnm Freitag ZIP 2025, 756 = ZIP 2025, 1004 (Linardatos) = WuB 2025, 145 (Kropf) = jurisPR-BKR 5/2025 Anm. 4 (Werner), und XI ZR 161/23, BGHZ 243, 29 = NJW 2025, 1738 mAnm Berger/Reiss = WM 2025, 574 = ZIP 2025, 766 = ZIP 2025, 1135 (Rodi) = WuB 2025, 273 (Schinkels) = jurisPR-BKR 6/2025 Anm. 2 (Werner).

144 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 161/23, aaO (s.o. Fn. 143).

145 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 183/23, BGHZ 243, 52 = NJW 2025, 1749 (Ls.) = NJW-RR 2025, 687 = WM 2025, 482 = ZIP 2025, 634 = ZIP 2025, 757 (Omlor) = WuB 2025, 149 (Radke) = jurisPR-BKR 2/2026 Anm. 1 (Dehne-Niemann).

146 Dazu BGH Pressemitteilung Nr. 26/2025 v. 4.2.2025 (becklink 2033326). Siehe auch Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 1-12; Rodi BKR 2026, 211 (211 ff., Abschnitt I.1); ZBB 2025, 253; Dehne-Niemann BKR 2025, 450; Mülberr/Kopke WM 2025, 1257; Kropf WM 2025, 1267; Langner WM 2025, 1305.

147 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 61/23, Rn. 20, aaO (s.o. Fn. 143), XI ZR 65/23, Rn. 22-29, aaO (s.o. Fn. 143), XI ZR 161/23, Rn. 21 f., aaO (s.o. Fn. 143), und XI ZR 183/23, Rn. 43, aaO (s.o. Fn. 145).

148 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 65/23, Rn. 31, aaO (s.o. Fn. 143).

149 Anders zB Maier VuR 2024, 105 (111 f., Abschnitt 1.a); VuR 2025, 222 (224, Abschnitt 2.a); BKR 2023, 862 (868 ff., Abschnitt II); EWIR 2023, 739 (740, Ziffer 3.1); Dehne-Niemann BKR 2025, 450 (454 ff., Abschnitt III.1.b.bb); Kiehnle jurisPR-BKR 11/2023 Anm. 3 (Abschnitt C.III); Knops BKR 2021, 503 (504); Müller-Christmann WuB 2024, 113 (116 f., Abschnitt IV); Rodi ZBB 2025, 253 (276 ff., Abschnitt 2.1.1.2).

150 BGH v. 9.5.2023 – XI ZR 544/21, Rn. 37, VuR 2023, 356 (Ls.) = NJW 2023, 2183 mAnm Servatius.

151 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 161/23, Rn. 38-40, aaO (s.o. Fn. 143), für Tagesgeld- und XI ZR 183/23, Rn. 45-49, aaO (s.o. Fn. 145), für Sparkonten.

152 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 161/23, Rn. 41-46, aaO (s.o. Fn. 143), für Tagesgeld- und XI ZR 183/23, Rn. 50-56, aaO (s.o. Fn. 145), für Sparkonten.

153 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 61/23, Rn. 21-31, aaO (s.o. Fn. 143), XI ZR 65/23, Rn. 35-47, aaO (s.o. Fn. 143), und XI ZR 161/23, Rn. 23-27, aaO (s.o. Fn. 143).

154 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 65/23, Rn. 40-42, aaO (s.o. Fn. 143).

155 OLG Frankfurt a.M. v. 13.6.2025 – 3 U 286/22, VuR 2025, 397 (Ls.) = BKR 2026, 169 = ZIP 2025, 2494 = ZIP 2025, 2608 (Jordans), als Nachinstanz zu BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 183/23, aaO (s.o. Fn. 145). Dazu auch Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 20-22. Allgemein zum Folgenbeseitigungsanspruch der Verbraucherverbände und seinen Grenzen Rott VuR 2024, 454.

156 BGH v. 4.2.2025 – XI ZR 161/23, Rn. 59 ff., aaO (s.o. Fn. 143). Dazu Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 13-16.

157 Stein VuR 2025, 291; Knops NJW 2025, 2281; WM 2025, 1493; Casper/Roters BKR 2024, 1025.

158 BGH – XI ZR 129/24 (betr. OLG Naumburg v. 2.10.2024 – 5 U 54/24, VuR 2025, 157, Ls. = BKR 2024, 1011 = WuB 2025, 410 [Thume]), XI ZR 136/24 (betr. OLG Brandenburg v. 23.10.2024 – 7 UKI 2/23, GRUR-RS 2024, 32264), XI ZR 143/24 (betr. OLG Düsseldorf v. 21.11.2024 – I-20 UKI 5/24, WM 2025, 515), XI ZR 144/24 (betr. OLG Oldenburg v. 21.11.2024 – 8 UKI 1/24, WM 2025, 888), XI ZR 21/25 (betr. OLG Karlsruhe v. 11.2.2025 – 17 UKI 1/24, BKR 2025, 623, Ls. = WM 2025, 884), XI ZR 106/25 (zuvor I ZR 35/25, betr. OLG Stuttgart v. 12.2.2025 – 9 UKI 7/24, WM 2025, 890 = ZIP 2025, 2296). Das OLG Brandenburg hat Entgeltinformationen als AGB bewertet (so auch OLG Celle – 3 U 10/24 v. 22.3.2024, BeckRS 2024, 19567, und v. 14.5.2024, BeckRS 2024, 26414, rechtskräftig), das OLG Stuttgart hat die Frage offen gelassen (so auch OLG Stuttgart v. 10.7.2024 – 9 UKI 2/24, NJW 2024, 2771, rechtskräftig), die übrigen Vorinstanzen haben den AGB-Charakter verneint.

159 LG Stuttgart v. 9.7.2025 – 4 S 142/24, VuR 2025, 347 = BKR 2025, 958 mAnm Bastuck.

160 LG Stuttgart v. 9.7.2025 – 4 S 142/24, aaO (s.o. Fn. 159).

161 BGH v. 8.10.2025 – IV ZR 161/24, VuR 2026, 118 (Ls.) = NJW 2026, 226 = BKR 2026, 38 mAnm Zahrt = WM 2025, 2076 = ZIP 2025, 2934 (Jungmann) = WuB 2025, 497 (Werner) = jurisPR-BKR 1/2026 Anm. 1

Ergebnis sein, wenn der Gläubiger die Zahlungsaufforderung als unverschlüsselte E-Mail versandt hat. Dann kann der Schuldner gegen den Gläubiger einen Schadensersatzanspruch nach Art. 82 DSGVO haben.¹⁶²

Die Änderung der SEPA-Vorschriften soll IBAN-Fälschungen entgegenwirken. Seit Oktober 2025 ist bei Überweisungen die Empfänger-IBAN mit der Empfängerbezeichnung abzugleichen.¹⁶³ Wird dem Zahler angezeigt, dass Empfängerbezeichnung und Empfänger-IBAN nicht übereinstimmen, handelt er auf eigenes Risiko, wenn er die Überweisung dennoch ausführt. Wird die Abweichung nicht angezeigt, kann der Zahler einen Erstattungsanspruch gegen seinen Zahlungsdienstleister haben.¹⁶⁴ Besteht keine Abweichung, weil es den Tätern gelungen ist, das Konto der gefälschten IBAN mit dem Empfängernamen zu verknüpfen, kann ein Ersatzanspruch gegen den Zahlungsdienstleister des Empfängerkontos bestehen.

b) Zahlendreher im Verwendungszweck (Vertragsnummer). Eine falsche Angabe der Vertragsnummer im Verwendungszweck einer Überweisung führe in der Regel auch in Masseverfahren (hier: Energielieferungsvertrag) nicht zu einer Tilgung auf die angegebene (falsche) Vertragsnummer, wenn der Zahlungsempfänger die Zahlung dem eigenen (richtigen) Vertrag des Zahlers zuordnen kann.¹⁶⁵

7. Online-Banking¹⁶⁶

a) Grobe Fahrlässigkeit des Kunden (§ 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB). Um dem Erstattungsanspruch des Kunden (§ 675u Satz 2 BGB) einen Schadensersatzanspruch (§ 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB) entgegenhalten zu können, muss der Zahlungsdienstleister die grobe Fahrlässigkeit des Kunden darlegen und beweisen. Hierfür bedarf es konkreter Anknüpfungstatsachen zu Art und Umfang einer grob fahrlässigen Handlung des Kunden.¹⁶⁷

Die sekundäre Darlegungslast des Kunden umfasst Angaben zu seinem eigenen Nutzerverhalten und zu seinen eigenen Sicherheitsvorkehrungen, aber keine Rekonstruktion hypothetischer Täterhandlungen.¹⁶⁸ Bestehen keine Anhaltspunkte, dass der Kunde von einer missbräuchlichen Transaktion Kenntnis hatte oder daran mitgewirkt hat, kann von ihm hierzu naturgemäß kein weiterer Vortrag verlangt werden.¹⁶⁹

Lässt der Kunde die im Verkehr erforderliche Sorgfalt nur für eine kurze Zeit außer Acht, insbesondere bei Überrumpelung oder momentaner Ablenkung bzw. Unaufmerksamkeit (Augenblicksversagen), kann es im konkreten Einzelfall gerechtfertigt sein, unter Abwägung aller Umstände den Schuldvorwurf geringer als grob fahrlässig zu bewerten.¹⁷⁰

b) Starke Kundenauthentifizierung. Ist der Schaden durch eine Überweisung eingetreten und hat der Zahlungsdienstleister für das Auslösen dieser Überweisung eine starke Kundenauthentifizierung (§ 1 Abs. 24 ZAG) verlangt, soll es seinem Schadensersatzanspruch gegen den Kunden (§ 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB) nicht entgegenstehen, wenn er für die Anmeldung im Online-Banking keine starke Kundenauthentifizierung verlangt hat. § 675v Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BGB betreffe nur die Auslösung eines Zahlungsvorgangs, die fehlende starke Kundenauthentifizierung für

die Anmeldung im Online-Banking werde davon nicht erfasst.¹⁷¹ Dafür sei es unerheblich, dass das Aufsichtsrecht auch für die Anmeldung im Online-Banking eine starke Kundenauthentifizierung grundsätzlich gebietet (§ 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZAG).¹⁷²

Hat der Zahlungsdienstleister für die Anmeldung im Online-Banking entgegen den gesetzlichen Vorgaben keine starke Kundenauthentifizierung verlangt und wurde dem Täter dadurch ermöglicht, sensible Zahlungsdaten des Kunden zu erlangen, um damit dessen Vertrauen zu erschleichen, kann dies aber ein Mitverschulden des Zahlungsdienstleisters begründen (§ 254 Abs. 1 BGB).¹⁷³ Unter diesem Gesichtspunkt hat das OLG Dresden ein 20%iges Mitverschulden des dortigen Zahlungsdienstleisters angenommen.¹⁷⁴

c) Registrierung eines weiteren Endgeräts / einer digitalen Zahlungskarte. Der Kunde handle grob fahrlässig (§ 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB), wenn er die Registrierung eines weiteren Endgeräts oder einer digitalen Zahlungskarte selbst freigibt¹⁷⁵ bzw. den

(Schnauder) = jurisPR-BGHZivilR 25/2025 Anm. 1 (Nassall) = jurisPR-PrivBauR 1/2026 Anm. 1 (Schwenker). Dazu becklink 2036173.

162 OLG Schleswig v. 18.12.2024 – 12 U 9/24, ZD 2025, 284 mAnm Veeck = jurisPR-PrivBauR 8/2025 Anm. 1 (Schwenker); OLG Karlsruhe v. 27.7.2023 – 19 U 83/22, MMR 2023, 761; siehe auch LG Rostock v. 20.11.2024 – 2 O 450/24, NJW 2025, 2039 mAnm Looschelders.

163 § 5c SEPA-Verordnung (EU) 260/2012 idF der Verordnung (EU) 2024/886 v. 13.3.2024; zur Geltung des § 5c SEPA-Verordnung seit dem 9.10.2025 siehe dessen Abs. 9. Dazu Jungmann WM 2025, 1061; Escher-Weingart BKR 2025, 406; BeckOK BGB/Schmalenbach, 77. Edition 1.2.2026, BGB § 675f Rn. 76b-76m.

164 Jungmann ZIP 2025, 2934 (2935, Abschnitt 3.3); BeckOK BGB/Schmalenbach, 77. Edition 1.2.2026, BGB § 675f Rn. 76k. Allgemein zu Ansprüchen des Zahlers gegen seine Bank bei betrügerisch veranlassenen Überweisungen siehe Pucks VuR 2023, 253.

165 LG Itzehoe v. 4.2.2025 – 1 S 28/24, BKR 2025, 1093 mAnm Buck-Heeb.

166 Zum Online-Banking auch Poppelbaum/Jentsch VuR 2025, 451; Maier VuR 2025, 441; Zahrtke BKR 2026, 54 (57 ff., Abschnitt II.2); Böger WM 2025, 1872 (Teil I), und WM 2025, 1909 (Teil II).

167 LG Karlsruhe v. 3.12.2025 – 2 O 64/24, 1. Leitsatz, VuR 2026, 117 (Ls.). Das Ur. ist rechtskräftig.

168 LG Karlsruhe v. 3.12.2025 – 2 O 64/24, 2. Leitsatz, aaO (s.o. Fn. 167).

169 LG Berlin II v. 15.1.2025 – 10 O 353/23, VuR 2025, 239 (Ls.).

170 BGH v. 22.7.2025 – XI ZR 107/24, Rn. 28-30, aaO (s.u. Fn. 171). Im dortigen Fall hat der BGH ein Augenblicksversagen verneint.

171 BGH v. 22.7.2025 – XI ZR 107/24, Rn. 33-36, VuR 2025, 477 (Ls.) = NJW 2025, 3076 mAnm Buck-Heeb = BKR 2025, 843 mAnm Linardatos = WM 2025, 1592 = ZIP 2025, 2047 = ZIP 2025, 2366 (Piekenbrock) = WuB 2025, 381 (Kropf) = jurisPR-BGHZivilR 24/2025 Anm. 1 (Aßfalg) = jurisPR-BKR 12/2025 Anm. 1 (Steiner). Dazu Grüneberg WM 2026, 1, Rn. 46-52, und becklink 2035283.

172 BGH v. 22.7.2025 – XI ZR 107/24, Rn. 34, aaO (s.o. Fn. 171); OLG Dresden v. 5.6.2025 – 8 U 1482/24, 2. Leitsatz, VuR 2025, 477 (Ls.) = BKR 2025, 850 mAnm Niwinski-Wellkamp = WM 2025, 1733 = ZIP 2025, 1790 = ZIP 2025, 2164 (Zahrtke) = WuB 2025, 459 (Böger) = jurisPR-BKR 4/2026 Anm. 5 (Steiner); dazu becklink 2034808. Die Nichtzulassungsbeschwerde des Klägers gegen das Ur. des OLG Dresden ist beim BGH anhängig (XI ZR 71/25).

173 BGH v. 22.7.2025 – XI ZR 107/24, Rn. 36, aaO (s.o. Fn. 171). Gleich im Anschluss (Rn. 37-39) bestätigt der BGH die Entscheidung des OLG, ein Mitverschulden des Zahlungsdienstleisters sei ausgeschlossen.

174 OLG Dresden v. 5.6.2025 – 8 U 1482/24, 4. Leitsatz, aaO (s.o. Fn. 172), BKR 2025, 850, Rn. 145-149.

175 OLG Brandenburg v. 15.1.2025 – 4 U 32/24, BeckRS 2025, 1194 = jurisPR-BKR 9/2025 Anm. 3 (Steiner); LG Heidelberg v. 13.5.2025 – 2 O 233/24 (rechtskräftig), VuR 2025, 358 (Ls.) = NJW-RR 2025, 1333 = ZIP 2026, 99 = ZIP 2026, 528 (Vortmann); LG Heilbronn v. 27.8.2024 – Bm 6 O 103/24, BeckRS 2024, 31545 = jurisPR-BKR 11/2025, Anm. 4 (Kit-sakis), nicht rechtskräftig (OLG Stuttgart – 9 U 165/24); LG Itzehoe v. 28.1.2025 – 7 O 114/24, VuR 2025, 398 (Ls.) = BKR 2025, 713 mAnm Fohrer, bestätigt durch OLG Schleswig v. 29.9.2025 – 5 U 27/25; LG Wuppertal v. 19.2.2025 – 8 S 59/24, BeckRS 2025, 3030.

Freischaltcode unbekanntem Dritten mitteilt¹⁷⁶. Eine grobe Fahrlässigkeit des Kunden könne aber nur dann vorliegen, wenn der Zahlungsdienstleister den Vorgang so transparent und unmissverständlich gestaltet, dass ein durchschnittlicher Kunde verstehen kann, was er mit der Freigabe auslöst. Hierfür reiche es nicht aus, wenn die Freigabe eines neuen Endgeräts oder einer digitalen Zahlungskarte als „Portalanmeldung“¹⁷⁷, „Bitte bestätigen Sie, dass Sie Ihre Registrierung ändern möchten.“¹⁷⁸, „Anlage einer digitalen Karte“¹⁷⁹ oder „Registrierung Karte“¹⁸⁰ bezeichnet wird. Erhebliche Defizite in der Sicherheitsarchitektur des Zahlungsdienstleisters bei der Registrierung weiterer Instrumente zur Autorisierung von Zahlungsvorgängen seien bei der normativen Beurteilung eines möglichen grob fahrlässigen Verhaltens des Kunden zu berücksichtigen.¹⁸¹

Dient der Besitz als Faktor der starken Kundenauthentifizierung, müsse der Zahlungsdienstleister im Registrierungsverfahren für eine digitale Zahlungskarte sicherstellen, dass nur der Kunde den Besitz an der Karte erlangt.¹⁸² Der Besitz des Kunden an dem Mobiltelefon, mit welchem die Registrierung der neuen Karte freigegeben wird, reiche dafür nicht aus. Mangels starker Kundenauthentifizierung im Registrierungsverfahren sei die Haftung des Kunden für mit der neuen Karte ausgelöste Zahlungsvorgänge – unabhängig von seiner etwaigen groben Fahrlässigkeit bei der Registrierung der Karte (§ 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB) – ausgeschlossen (§ 675v Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BGB).

*d) Überschreitung der Betragsobergrenze.*¹⁸³ Der Zahlungsdienstleister haftet nicht, wenn er einen vom Kunden autorisierten Zahlungsvorgang ausführt, der die vereinbarte Betragsobergrenze (§ 675k Abs. 1 BGB) überschreitet.¹⁸⁴ Sinn und Zweck einer Betragsobergrenze sei der Schutz des Kunden vor einer missbräuchlichen Verwendung des Zahlungsinstrumentes durch Dritte und die Begrenzung des mit seinem Einsatz verbundenen Risikos, nicht der Schutz des Kunden vor sich selbst. Ein Kunde, der die Betragsobergrenze bewusst überschreitet, verhalte sich zudem treuwidrig (§ 242 BGB), wenn er sich später darauf beruft, der Zahlungsdienstleister hätte die von ihm veranlasste und autorisierte Überweisung nicht ausführen dürfen. Dies kann freilich nur dann gelten, wenn der Kunde den Zahlungsvorgang tatsächlich autorisieren wollte. Andernfalls führt die Nichtbeachtung einer nach § 675k Abs. 1 BGB vereinbarten Betragsobergrenze zur Unwirksamkeit der Autorisierung.¹⁸⁵

e) Anzeige nicht autorisierter Zahlungsvorgänge. Der Kunde muss seinen Zahlungsdienstleister über einen nicht autorisierten Zahlungsvorgang unverzüglich unterrichten, spätestens nach 13 Monaten (§ 676b Abs. 1 und 2 BGB; Art. 58 Zahlungsdienst-Richtlinie 2007/64/EG; Art. 71 Abs. 1 Zweite Zahlungsdienst-Richtlinie (EU) 2015/2366). Erfolgt die Unterrichtung nicht unverzüglich, aber innerhalb von 13 Monaten, verliert der Kunde seinen Anspruch auf Korrektur, wenn er die Unterrichtung vorsätzlich oder grob fahrlässig verzögert hat.¹⁸⁶ Bei mehreren nicht autorisierten Zahlungsvorgängen kommt es für jeden einzelnen Zahlungsvorgang darauf an, ob der Kunde die Unterrichtung hinsichtlich dieses Zahlungsvorgangs vorsätzlich oder grob fahrlässig verzögert hat.¹⁸⁷

IV. Kapitalanlagerecht¹⁸⁸

1. Grundätze der fehlerhaften Gesellschaft beim Fernabsatz-Widerruf einer Genossenschaftsbeteiligung

Das OLG Brandenburg¹⁸⁹ hat angenommen, dass die unionsrechtliche Vollharmonisierung der Rechtsfolgen eines Fernabsatz-Widerrufs (Art. 6 Fernabsatzfinanzdienstleistungs-Richtlinie 2002/65/EG) die Anwendung der Grundsätze der fehlerhaften Gesellschaft ausschließe. Der BGH¹⁹⁰ will die Grundsätze der fehlerhaften Gesellschaft auch bei einem Fernabsatz-Widerruf anwenden, er hält deren Anwendbarkeit aber für klärungsbedürftig. Er hat die Frage deshalb dem EuGH vorgelegt. Die uneingeschränkte Anwendbarkeit der Grundsätze der fehlerhaften Gesellschaft auch im Rahmen des vollharmonisierten Verbraucherschutzrechts entspricht der überwiegenden Literaturmeinung.¹⁹¹ Mit der Richtlinie (EU) 2023/2673 v. 22.11.2023 wurde die Fernabsatzfinanzdienstleistungs-Richtlinie zum 19.6.2026 aufgehoben und in die Verbraucherrechte-Richtlinie 2011/83/EU integriert.¹⁹²

- 176 OLG Oldenburg v. 24.4.2025 – 8 U 103/23, WM 2025, 1698 = WuB 2025, 471 (Schultheiß) = jurisPR-BKR 11/2025 Anm. 3 (Schnauder); OLG Köln v. 9.9.2024 – 12 U 47/24, WM 2026, 381 = WuB 2026, 78 (Herms); OLG München v. 4.9.2023 – 19 U 1508/23, BKR 2023, 839 mAnm Mattil/Fohrer; LG Paderborn v. 22.10.2025 – 3 O 179/25, NJW 2026, 1161 (Ls.) = NJW-RR 2026, 432; AG München v. 21.1.2025 – 222 C 15098/24, BeckRS 2025, 5067 (dazu becklink 2033792).
- 177 AG Stuttgart v. 19.12.2024 – 1 C 2385/24, BeckRS 2024, 41443, und v. 30.1.2025 – 1 C 3793/24, VuR 2025, 182 mAnm Keunecke. Beide Urte. sind nicht rechtskräftig (LG Stuttgart – 4 S 5/25 und 4 S 29/25).
- 178 AG Freising v. 20.3.2025 – 7 C 197/24, BeckRS 2025, 14312.
- 179 LG Darmstadt v. 3.2.2025 – 2 O 190/24. Das Urte. ist nicht rechtskräftig (OLG Frankfurt a.M. – 24 U 14/25).
- 180 LG Köln v. 8.1.2024 – 22 O 43/23, BKR 2024, 339 mAnm Johannes (nicht rechtskräftig, OLG Köln – 13 U 18/24); LG Karlsruhe v. 23.11.2023 – 2 O 312/22, BeckRS 2023, 57900 (Vorinstanz zu OLG Karlsruhe v. 23.12.2025 – 17 U 113/23, aaO, s.u. Fn. 182).
- 181 LG Karlsruhe v. 3.12.2025 – 2 O 64/24, 3. Leitsatz, aaO (s.o. Fn. 167). Siehe auch AG Berlin-Mitte v. 19.2.2026 – 13 C 84/24, VuR 2026, 222 (in diesem Heft).
- 182 OLG Karlsruhe v. 23.12.2025 – 17 U 113/23, VuR 2026, 236 (Ls., in diesem Heft) = BKR 2026, 233 mAnm Linardatos BKR 2026, 206 = ZIP 2026, 221 = ZIP 2026, 787 (Krupp). Das Urte. ist nicht rechtskräftig (BGH – XI ZR 1/26).
- 183 Zu Betragsobergrenze und Höchstbeträgen im Zahlungsdienstrecht Jungmann BKR 2025, 769.
- 184 OLG Frankfurt a.M. v. 4.2.2025 – 10 U 108/23, VuR 2025, 398 (Ls.) = BKR 2025, 716 = ZIP 2025, 1728. Das OLG hat den PKH-Antrag des Klägers für ein Berufungsverfahren zurückgewiesen.
- 185 OLG Bremen v. 30.8.2024 – 1 U 32/24, 5. Leitsatz, VuR 2025, 78 (Ls.) = BKR 2025, 135 mAnm Franke, Rn. 17, 32. Zustimmung BeckOK BGB/Schmalenbach BGB § 675k Rn. 2b; anders Jungmann BKR 2025, 769 (772 ff., Abschnitt III).
- 186 EuGH v. 1.8.2025 – C-665/23 (Veracash), Leitsätze 1 und 2, VuR 2025, 478 (Ls.) = BKR 2025, 903 mAnm Zahrt = WM 2025, 1785 = ZIP 2025, 2112 = ZIP 2025, 2288 (Omlor) = LMK 2025, 815735 (Linardatos).
- 187 EuGH v. 1.8.2025 – C-665/23 (Veracash), 3. Leitsatz, aaO (s.o. Fn. 186).
- 188 Siehe auch die Rechtsprechungsübersichten zum Kapitalanlagerecht von Stackmann NJW 2026, 207, und Maume NJW 2026, 960.
- 189 OLG Brandenburg v. 25.9.2024 – 7 U 198/22, MDR 2025, 230 = ZIP 2025, 1137 (Schulteis).
- 190 BGH v. 21.10.2025 – II ZR 119/24, WM 2025, 2290 = ZIP 2025, 3147 = ZIP 2026, 528 (Lieder) = WuB 2026, 58 (Geschwandtner/Friedrich); EuGH – C-776/25 (AVG Altersvorsorge). Zum etwaigen Erlöschen des Fernabsatz-Widerrufsrechts (Art. 9 Abs. 1 Verbraucherrechte-Richtlinie 2011/83/EU) bei vollständiger Vertragserfüllung siehe die EuGH-Vorlage des BGH v. 22.10.2025 (I ZR 192/24, aaO, s.o. Fn. 44).
- 191 BGH v. 21.10.2025 – II ZR 119/24, Rn. 24, aaO (s.o. Fn. 190).
- 192 Das Fernabsatz-Widerrufsrecht bei Finanzdienstleistungen (bisher Art. 6 Fernabsatzfinanzdienstleistungs-Richtlinie) ist nunmehr in Art. 16b Verbraucherrechte-Richtlinie geregelt, die Rechtsfolgen (bisher Art. 7 Fernabsatzfinanzdienstleistungs-Richtlinie) in Art. 16c. Die Richtlinie (EU) 2023/2673 wurde umgesetzt durch Gesetz v. 3.2.2026 (BGBl. 2026 I Nr. 28, in Kraft seit 19.6.2026).

2. Aufklärungspflichten einer Crowdfunding/Crowdlending-Plattform

Das LG Ravensburg¹⁹³ hatte eine Crowdfunding-Plattform zum Schadensersatz iHv 14.500 EUR verurteilt, weil sie den Anleger nicht darüber informiert hatte, dass bei einem Darlehen mit qualifizierter Nachrangklausel das Totalausfallrisiko wesentlich erhöht ist und insbesondere nicht nur im Fall der Insolvenz, sondern bereits vor Eintritt der Insolvenz besteht. Außerdem sei deutlich zu erklären, dass ein Nachrangdarlehen einer unternehmerischen Beteiligung mit eigenkapitalähnlicher Haftungsfunktion vergleichbar ist.

Das OLG Stuttgart¹⁹⁴ hat das LG-Urt. abgeändert und die Klage abgewiesen. Die beklagte Plattform habe keine Beihilfe (§ 830 Abs. 2 BGB) zu unerlaubten Einlagengeschäften (§ 54 Abs. 1 Nr. 2, § 32 Abs. 1 Satz 1, § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG) der Emittenten geleistet.¹⁹⁵ Die qualifizierten Nachrangabreden seien wirksam, es habe sich deshalb nicht um Einlagen iSd § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG gehandelt. Auch aus dem zwischen den Parteien bestehenden Anlagevermittlungsvertrag¹⁹⁶ habe die Beklagte keine Pflichten verletzt.¹⁹⁷ Sie sei allenfalls dazu verpflichtet gewesen, dem Kläger vollständige und richtige Auskünfte zu den jeweiligen Anlageprodukten zu erteilen und die von den je-

weiligen Emittenten zu verantwortenden Informationen zu den Anlageprodukten einer Plausibilitätskontrolle zu unterziehen.

3. Auskunft über Mitgesellschafter einer Publikumsgesellschaft

Das Auskunftersuchen eines Gesellschafters, das auch dem Ziel dient, die Namen, Anschriften und Beteiligungshöhen der Mitgesellschafter dazu zu verwenden, diesen Kaufangebote für ihre Anteile zu unterbreiten, stelle keine unzulässige Rechtsausübung und keinen Missbrauch des Auskunftsrechts dar.¹⁹⁸ Die den Auskunftsanspruch einschränkende EuGH-Rechtsprechung zur DSGVO¹⁹⁹ stehe dem nicht entgegen.²⁰⁰

193 LG Ravensburg v. 7.2.2025 – 2 O 99/24, VuR 2025, 317 (Ls.) = BKR 2025, 466 mAnm Wirtz = ZIP 2025, 1729 = ZIP 2025, 2038 (Loff/Bauerfeind).

194 OLG Stuttgart v. 5.11.2025 – 9 U 33/25, BKR 2026, 322 mAnm Wirtz.

195 OLG Stuttgart v. 5.11.2025 – 9 U 33/25, BKR 2026, 322, Rn. 20 ff. So auch OLG Dresden v. 5.3.2025 – 5 U 1392/24, BKR 2025, 799 mAnm Oppenheim.

196 OLG Stuttgart v. 5.11.2025 – 9 U 33/25, BKR 2026, 322, Rn. 46-48.

197 OLG Stuttgart v. 5.11.2025 – 9 U 33/25, BKR 2026, 322, Rn. 49 ff.

198 BGH v. 22.1.2025 – II ZB 18/23, BKR 2025, 602 mAnm Nast = WM 2025, 747 = ZIP 2025, 1020 = ZIP 2025, 1602 (Sachtleber) = BB 2025, 1999 mAnm Zoller = ZD 2025, 513 mAnm Schwind/Schwind.

199 EuGH v. 12.9.2024 – C-17/22, C-18/22, NJW 2024, 3637 mAnm Schwind NJW 2024, 3624 = ZD 2024, 684 mAnm Fleck. Das EuGH-Urt. ist ergangen auf Vorlagebeschl. des AG München v. 21.12.2021 – 132 C 12506/21, VuR 2023, 33 (Ls.) = ZD 2022, 393, und 132 C 22992/20, BeckRS 2021, 58270.

200 BGH v. 22.1.2025 – II ZB 18/23, Rn. 13 ff., aaO (s.o. Fn. 198).

Kehrtwende des OLG Dresden in Sachen Beratungsbedarf für eine Risikolebensversicherung

Von Prof. Dr. Hans-Peter Schwintowski, Berlin

Im vergangenen Jahr wurde in der VuR das Urteil des OLG Dresden vom 26.4.2024¹ mit einer Anmerkung des Autors veröffentlicht. In der damaligen Anmerkung wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass die Ehefrau die Nichtzulassungsbeschwerde beim BGH einlegen sollte. Das ist tatsächlich geschehen. Der BGH hat mit Beschl. v. 19.12.2024² das Urteil des OLG Dresden v. 26.4.2024 aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen, da das OLG Dresden die Parteien nicht angehört, sondern seine Entscheidung auf die Verwendung der Niederschrift der persönlichen Anhörung der Parteien in erster Instanz gestützt hatte, ohne sich einen persönlichen Eindruck bei ihrer Vernehmung oder Anhörung verschafft zu haben (Verstoß gegen Art. 103 GG).

Am 19.9.2025 hat das OLG Dresden die Parteien in der mündlichen Verhandlung angehört und am 11.12.2025 ein neues Urteil gefällt. Das OLG Dresden hat den beratenden Versicherungsmakler zur Zahlung von 375.000 EUR zzgl. Zinsen an die Witwe verurteilt und seine Begründung vom 26.4.2024 praktisch auf dem Kopf gestellt.

I. Das Urteil des OLG Dresden v. 11.12.2025

In diesem neuen Urteil bejaht das OLG Dresden eine Haftung des Versicherungsmaklers aus § 63 VVG wegen Verletzung der Beratungspflicht, die sich unmittelbar aus dem Maklervertrag ergebe und eine Hauptleistungspflicht des Maklers darstelle. Der Versicherungsmakler habe als Vertrauter und Berater des VN dessen individuell angemessenen Versicherungsschutz zu besorgen und müsse dazu „von sich aus“ das zu versichernde Risiko ermitteln.³ Der Kunde schalte einen Versicherungsmakler u.a. deswegen ein, weil er sich auf seine eigene Risikobeurteilung nicht verlassen möchte. Der Versicherungsmakler müsse deshalb aufgrund seiner Expertenstellung die Risikosituation gründlich untersuchen und am Ende des Ermittlungsprozesses ein adäquates Deckungskonzept vorschlagen.⁴ Ein Versicherungsmakler erfülle seine Aufklärungs- und Beratungspflicht nicht allein dadurch, dass er ohne Prüfung im konkreten Fall

1 OLG Dresden v. 26.4.2024 – 3 U 79/23, VuR 2025, 184 mAnm Schwintowski.

2 BGH Beschl. v. 19.12.2024 – I ZR 70/24, BeckRS 2024, 37946.

3 So bereits BGH v. 10.3.2016 – I ZR 147/14, juris, Rn. 18.

4 So auch OLG Hamm v. 30.4.2012 – 18 U 141/06, NJW-RR 2013, 38 (40).